

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Fellege Die Neue Welt): Richard Rijsch, Magdeburg. Verantwortliche Inzerate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Garbaum, Magdeburg. Druck von Franz Schmidt, Magdeburg. Geschäftsstelle: Schulstraße 49, Fernsprecher 1587. Redaktion: Gr. Wilsingstraße 8, Fernsprecher 981. — Grämmeranzahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Fringerlohn) 2 Mt. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Per Fernband in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mt., 2 Exempl. 2.80 Mt. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mt., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.25 egl. Bielefeld. Einzelne Nummern 5 Pf. Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Inzerationsgebühr die sechsseitige Zeile 15 Pf. — Post-Bekanntmachung Nr. 8162

Nr. 180.

Magdeburg, Mittwoch den 5. August 1903.

14. Jahrgang.

Die preussische Gewerbeaufsicht im Jahre 1902.

II.

6. Auch der Bericht der reichsdeutschen Gewerbeaufsicht gibt der Erfahrung der Beamten dahin Ausdruck, daß „die Arbeitgeber-Verbände wenig geneigt sind, mit den Beamten in Verkehr zu treten“. Wir können beim besten Willen darin keinen Nachteil erblicken, und bei den Meinungen der „Herren im Hause“ ist es auch ganz selbstverständlich, daß die Gewerbeaufsicht die zum Schutze von Leben und Gesundheit der Arbeiter bestellt sind, nicht mit freundlicher Zuberkommenheit begegnen, wenn diese ihre Schuldigkeit tun.

Mit Arbeiter-Verbänden haben aber auch diese Beamten die besten Erfahrungen gemacht; sie haben dort Vorträge gehalten (merkt's euch, ihr Herren in Magdeburg!) und des öftern an deren Beratungen teilgenommen. Solche Zusammenkünfte sind nach der Ansicht der elsäß-Lothringischen Inspektion geeignet, „die Vertrauensstellung, die die Gewerbeaufsicht bei der Arbeitererschaft einnehmen soll, zu festigen...“ der Beamte ist dadurch in der Lage, die... zu seiner Kenntnis gelangenden Mißverständnisse aufzuklären oder unberechtigte Forderungen behrend abzuweisen, sowie die Abstellung wirklicher Mißstände herbeizuführen und auf diese Weise den sozialen Frieden zu fördern“. In 67 Fällen hat der Beamte für Lothringen auf diese Weise eingegriffen.

Der Düsseldorfer Bericht, der noch nicht beeinflusst ist von dem im vorigen Artikel benannten Herrn Westermeyer, kann auch nicht umhin, den Besuch der Arbeiter-Versammlungen zu empfehlen:

„Als insbesondere Erfolg versprechendes Mittel zur Erreichung einer näheren Fühlung mit der Arbeiterbevölkerung und zur Erkennung ihrer Wünsche und Bedürfnisse glauben die hiesigen Aufsichtsbeamten die öftere Teilnahme an den Versammlungen der Arbeiter ansehen zu sollen...“ So hat der Gewerbeinspektor zu Barmen vier Vorträge im Metallarbeiterverband gehalten... an die sich recht anregende und für beide Teile belehrende Diskussionen knüpften.“

Der Essener Beamte hielt zehn Vorträge und beteiligte sich ebenso oft an Arbeiter-Versammlungen, während der Solinger Beamte eine „wertvolle Ergänzung seiner Tätigkeit“ als Vorsitzender des dortigen Gewerbeerichts fand.

Ueber Lohnbewegungen bringen die Berichte nur selten kritische Bemerkungen. Der ostpreussische Beamte kann es sich aber nicht verlagern, den organisierten Maurern eins auszuwichen: „Wegen Erlangung eines höheren Stundenlohnes legten etwa 70 Maurer und ebensoviel Tagelöhner die Arbeit auf einem Bau in Gumbinnen nieder. Gleichzeitig weigerten sich die Maurer, bei elektrischem Licht zu arbeiten. Der Arbeitgeber hatte es einem jeden freigestellt, bei dieser Beleuchtungsart tätig zu sein. Die Inregung zu dem Zustande wurde von einem Maurer aus Danzig gegeben, welcher selber bei dem Bau nicht beschäftigt, aber zur Leitung der Versammlungen (hul hul!) nach Gumbinnen gekommen war.“

Ist denn kein Stumm da, der die Streifbrüder zu Paaren treiben und die Hydra der Revolution, die ganz zweifellos hinter dem Streik lauerte, „erschmettern“ kann?

Objektiv berichtet der Beamte von Frankfurt a. O. über die Spremberger Textilarbeiterkämpfe: „Obgleich der Arbeitgeber-Verband den Tarif für seine Mitglieder obligatorisch gemacht hatte, versuchten doch einzelne Arbeitgeber ihn nur soweit einzuführen, als er für sie günstig war.“

Das ist zwar nichts Neues, aber es wundert uns doch, daß diese Darstellung von Tatsachen die ministerielle Zensur passieren konnte. — Aus dem Berliner Bericht ergibt sich deutlicher das Walten dieser „höheren Macht“. Der Beamte berichtet die Zahl der Streiks und der daran beteiligten Arbeiter und fährt dann fort: „In der Mehrzahl der Fälle handelte es sich um Lohnstreitigkeiten, zehnmal um die Entlassung von Arbeitern. Im übrigen werden bemerkenswerte Fälle nachstehend angeführt werden.“ Außer dem fanden Ausstände statt...“

Wir suchen nun zwischen den beiden Sätzen unwillkürlich nach der Schilderung der bemerkenswerten Fälle um so eifriger, weil wir wissen, der Berliner nimmt kein Blatt vor den Mund, und finden — einen Gedankenstreich. In späteren Sätzen wird uns dann einiges aus dem Kampfe zwischen Kapital und Arbeit berichtet und einmal schlüpft die Bemerkung unter, daß die Berliner Vergelder den Kampf verloren haben, weil sich zuviel Arbeitswillige fanden. Die Vergelder

mußten daher „sich mit Versprechungen für die Zukunft begnügen“.

Recht lebhaft ging es im Berichtsjahre im Posener Bezirk zu, was ja bei den bekannten Sungerlöhnen in jenen Gegenden nicht weiter verwunderlich ist. So wurden die Hohlleger in Bromberg von einem Unternehmer zu einem Stundenlohn von 23 Pf. angenommen; aber nach drei Tagen schon wurde der großartige Lohn auf 20 Pf. heruntergesetzt. Als nun unter diesen Umständen die Arbeit eingestellt wurde, erklärte der edle Unternehmer, nur 15 Pf. pro Stunde zahlen zu wollen. Und das in einer Stadt wie Bromberg! Es fanden sich Arbeitswillige, die für 20 Pf. Stundenlohn Verrätereie begingen. Ein andermal mußten die Bromberger Erdarbeiter streifen, weil man ihnen bei Tiefschachtarbeiten 150 Mark — schreibe eine Mark fünfzig Pfennige — Tagelohn bot. Es fanden sich auch hier Streikbrecher, die für 1,65 Mark pro Tag die Arbeit aufnahmen. Die Zigarrenarbeiterinnen — es werden dort nur weibliche Arbeitskräfte beschäftigt — mußten streifen, weil man ihnen von dem Sungerlohn noch 25 Pf. pro Tausend abziehen wollte! Der Streik wurde gewonnen! Immerhin zeigt der Posener Bericht, daß die Organisationen dort erstarken, und schließlich werden sie auch die polnische sprachliche Bedürfnislosigkeit und die sprachlichen Schwierigkeiten überwinden — zum Segen der Menschheit. —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 4. August 1903.

Die Seher und Wähler.

Die Agitation der Scharmacher gegen das Reichswahlrecht wird mit Hochdruck weiter betrieben. Die „Post“, die bei diesem edlen Handwerk nicht fehlen darf, ist der Giebelbrechische Vorstoß Wasser auf ihre Mühle. Das Blatt holt wieder den alten Ladanbieter vom „Stimmen wägen und nicht zählen“ hervor und verbrämt ihn mit den abgedroschenen Phrasen von „Nichtbeachtung von Bildung und Besitz usw., die zu dem eigenen Bestande aller Reaktionsäre gehören, um sich zu der Behauptung emporzuschwingen, daß das Reichswahlrecht nur „so lange unangefochten bleiben könne, als es nicht eine Gefahr für die Existenz des Deutschen Reiches und der Hohenzollern-Monarchie bedeutet“. Das ehemalige Stumm-Organ kündigt an, es werde

... zunächst in die Erörterung der Frage eintreten, ob die Wahrnehmungen bei den letzten Reichstagswahlen in Verbindung mit unserer ganzen inneren Entwicklung in der Tat zu der Befürchtung Anlaß geben, daß der unverständliche Fortbestand des gleichen und geheimen Wahlrechts im Reiche den Verfall des Reiches selbst und die Hohenzollern-Monarchie gefährden könnte.

Das Wahlrecht steht unter dem Schutze der Reichsverfassung; das gesteht die „Post“ zu. Gleichwohl entblödet sich das Blatt nicht, die Regierung zur Verletzung, zur Aenderung dieser Verfassung aufzufordern, indem es so tut, als ob durch die 81 Sozialdemokraten, die im Reichstage sitzen, das Bestehen des Reiches ernstlich gefährdet werden könne. Selbst die Verl. „Volksztg.“ muß darauf antworten: „Nedermann und auch die „Post“ weiß, daß das nicht geschehen wird, daß es auch nicht geschehen würde, wenn die sozialdemokratische Fraktion noch einmal so stark wäre, als sie jetzt ist. Die angebliche Sorge um das Fortbestehen des Reiches und die Dynastie ist nichts weiter als ärgste politische Scheuerei, als das Mittel zu dem langersehnten Zwecke der Reaktion, endlich das tödlich gehaßte gleiche, allgemeine, geheime und direkte Wahlrecht zu vernichten. Dieses Streben hat nicht etwa in der letzten Reichstagswahl seinen Ursprung; seit Jahr und Tag arbeitet die Reaktion an der Erreichung ihres verwerflichen Zieltes mit einer Konsequenz und einer wahrhaft jesuitischen Verschlagenheit, und die „Germania“ beteiligt sich an diesem dunkelmännischen Werke macker durch unerhörte Verdrehung der Tatsachen und robuster Schimpfen.“

Wir werden uns selbstverständlich dadurch niemals in unserm Streben beirren lassen, an unserm Teile an der Entlarvung und Kennzeichnung dieses Treibens mitzuarbeiten, in dem Methode liegt; wir wiederholen daher unse am letzten Sonnabend an die Regierung gerichtete Frage: Vor wem hat Herr Dr. Giebelrecht die „kompetente Versicherung“, daß die Regierung eine Revision des Reichswahlrechts plane? Steht sie mit diesen Plänen in Verbindung oder nicht?“

Bemerkenswert ist, daß die Zentrumsprelle nicht ein Wort der Entrüstung gegen den Anschlag der Kapitalistenkammera findet. Heute äußert sich z. B. die „Köln. Volksztg.“:

Der ganze „Vorstoß“ muß bezeichnet werden als ein Fortschritt, das nicht nur eines jeden höheren politischen Interesses entbehrt und eine ernsthaftige Erörterung nicht beanspruchen kann, sondern den Politiker der Nähe überhebt, sich mit seinen

Einzelheiten zu befassen. Es muß nur Verbunderung hervorgerufen, daß eine Anzahl Persönlichkeiten sich dazu verstehen konnten, sich durch die Unterzeichnung des Zirkulars politisch geradezu bloßzustellen. Allerdings darf hierbei nicht übersehen werden, daß diese Männer, mit Ausnahme eines einzigen Abgeordneten, der der freikonservativen Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses angehört, in keiner Weise zu den führenden politischen Kreisen zählen.

Als wenn die Sache damit abgetan wäre! Aber weshalb nur das Zentrumsblatt sich nicht zu einem Protest aufschwingen mag! Vor den Wahlen hätte sie das sicher getan. Die Freundschaft für das Wahlrecht ist also etwas sehr Platzenisch!

Ueber den in der Liste als Erster fungierenden Kommerzienrat Albert-Wiesbaden teilt die „Frankf. Ztg.“ mit, daß der Herr eine — Düngerfabrik in Wiesbaden habe und „kurzlich auch zum Wahlfonds für die dem Namen nach nationalliberale, der Sache nach agrarisch-reaktionäre Reichstagskandidatur Bartling mit die höchsten einmaligen und jährlichen Beiträge geschenkt habe. Man geht deshalb vielleicht nicht fehl, wenn man zwischen der agrarisch-jesuitischen Propaganda und der jetzt gegen das allgemeine Wahlrecht sich richtenden einen gewissen Zusammenhang vermutet.“

Das wird schon stimmen. Ist doch der agrarischen Sippschaft das Wahlrecht am allermeisten verhaßt, zumal die „großen“ Männer Gahn, Dertel und Köstke im Wahlkampf unterlegen sind. —

Ein Monarch mit stürmischen Latendrang

scheint der junge Großherzog Friedrich August von Oldenburg zu sein. Der „Residenzbote“ in Oldenburg bringt nämlich über die Art, wie er seinerzeit die Minister entlassen hat, einige Anekdoten, die nicht ganz uninteressant sind. Diese beziehen sich auf den plötzlichen Ministerwechsel in Oldenburg, der im August 1900 stattfand, wobei das alte unter dem Großherzog Peter regierende Ministerium Janzen (Sinnere und Vorsitz), Heumann (Finanz) und Flohr (Justiz) von dem jetzt noch am Ruder befindlichen Willrich (Sinnere und Vorsitz) und den Beirern Ruffstrat abgelöst wurde, zwei Monate nach dem Antritt des Großherzogs Friedrich August. Die Enthüllungen bestehen in einem Telegrammwechsel folgenden Wortlautes:

Habe unbegreiflicherweise bis heute noch keinerlei Bericht weder über Semwerder noch Kabelländereivergrößerung erhalten. Wünsche eiligste Behandlung der Fragen. Friedrich August.

Darauf erfolgte noch an demselben Tage nachstehende, gleichfalls vorliegende Antwort des Staatsministers Janzen. Die dazu von der Hand des Großherzogs gemachten Randbemerkungen sind in Klammern gesetzt:

Unterthänigstes Promemoria. Die in dem heutigen Telegramm von Ex. Kal. Hoheit berührten Angelegenheiten gehören zum Geschäftskreis des Finanzdepartements. Der verantwortliche Ressortminister ist aber abwesend. Sind die beregten Anträge so dringlich, daß die Entscheidung keinen Aufschub gestattet, so wird eine Vertretung der Rückkehr des Ministers Heumann ins Auge gefaßt werden müssen. (Randbemerkung des Großherzogs: „Kaufmännische und Handelsfachen sind immer dringlich, wenn es sich um Neuanlagen handelt.“) Ich halte sie in dem Maße dringlich nicht, weil beide Angelegenheiten voraussichtlich nicht ohne Mitwirkung des Landtages erledigt werden können. (Randbemerkung: „Dann sind sie doch erst recht dringlich.“) und dies auch aus allgemeinen politischen Gründen nicht so rasch herbeigeführt werden kann, daß nicht für die Instruktion der so rasch herbeigeführten ansehnliche Zeit bliebe. (Randbemerkung: „Warum nicht?“) Dazu kommt, daß auch wohl das gegenwärtige, in aller nächster Zeit zurücktretende Ministerium über an den Landtag zu bringende Anträge nicht mehr wird beschließen können, da danach dem demnächstigen, dem Landtage gegenüber verantwortlichen Ministerium in unzulässiger Weise vorgegriffen werden würde. (Randbem.: „Ganz richtig!“) Die Sache ist nicht langam behandelt worden. (Randbem.: „Hätte aber noch schneller bewerkstelligt werden können!“) und eine Verzögerung, deren Vorwurf in der Fassung des allerhöchsten Telegramms von heute mittag zum Ausdruck zu kommen scheint, hat in dem Nordensamer Falle so wenig wie in der Semwerder Sache stattgefunden. (Randbem.: „Darüber können die Auffassungen verschieden sein.“)

Es folgt von der Hand des Großherzogs ein längeres, hier nicht interessierendes Exposé über die Wichtigkeit der beiden fraglichen Angelegenheiten. Der Schlußsatz lautet:

Da aber das jetzige Ministerium seine Demission mir zur Befügung stellen zu von mir zu bestimmendem Termine, so scheint mir die unumstößliche Folge davon zu sein, daß nunmehr im Interesse des Landes der Wechsel einzutreten hat. Friedrich August.

Boshast schreibt das „Berl. Tagebl.“ zu dieser Art von Ministerentlassung: „Wir wollen uns eines Urteils über den Inhalt dieser Schriftstücke enthalten und nur bemerken, daß es kein ungetrübtes Vergnügen sein muß, Minister eines jungen Monarchen von lebhaftem Latendrang zu sein.“

Unser Parteiorgan in Bremerhaven schreibt zu der Angelegenheit: „Bedauerlich bleibt nur, daß mit der großen „Deutlichkeit“, mit der dem alten Ministerium der un-

zweideutige Wink gegeben wurde, nicht auch das Geschick verbunden war, ein besseres Ministerium an seine Stelle zu setzen. Darin sind die guten Oldenburger allerdings gründlich getäuscht worden.

Deutschland.

Berlin, 4. August. Dem Anschluß von Stadtgemeinden an den Giroverkehr der Reichsbank bezweckt eine Verfügung des Ministers des Innern. Es hat sich herausgestellt, daß eine große Anzahl von Stadtgemeinden an den Giroverkehr der Reichsbank nicht angeschlossen ist, obgleich sich Reichsbankanstalten in deren Gebiet befinden. Der Minister legt dem Anschluß der städtischen Kassen an den Giroverkehr der Reichsbank für die Verbesserung des Geldumlaufes große Bedeutung bei. Er ersucht deshalb die zuständigen Stellen unter Bezugnahme auf einen früheren Erlaß zur Förderung des Reichsbankverkehrs, auf den Anschluß der städtischen Kassen hinzuwirken. Die Stellen sollen die Angelegenheit sorgfältig im Auge behalten.

Das Gemüths für die Regierung. In den deutsch-russischen Handelsvertrags-Verhandlungen, die gestern ihren Anfang genommen haben, bemerkt die „Köln. Ztg.“ ansehnend offiziell:

Bei den Verhandlungen, die jetzt in Petersburg eröffnet werden, handelt es sich um eine vorläufige Aussprache, die zunächst feststellen soll, über welche Punkte Uebereinstimmung zwischen den beiden Regierungen herrscht, und in welchen noch Meinungsverschiedenheiten bestehen. Erst wenn eine Teilung nach diesen beiden Gruppen stattgefunden hat, wird man an die schwierigeren Aufgaben herantreten und eine Einigung über die kritischen Punkte herbeizuführen suchen.

Das wird aber nur dann möglich sein, wenn die deutsche Regierung sich von dem agrarischen Vorn behreit, unter dem sie jetzt steht. Bereits 1901 läuft der Handelsvertrag ab. Daß die Regierung erst jetzt anfängt, Verhandlungen zu pflegen, ist die Schuld des Hungerzolltarifes und der unverkämpften Forderungen der Agrarier!

Wahlmogeizen. Wie im dunkelsten Deutschland gewählt wird, illustriert folgende Notiz, die heute durch die Blätter geht: Im Wahlkreis Dittweiler-St. Wendel-Reisenheim, wo der Zentrumskandidat nur mit 38 Stimmen Mehrheit über den nationalliberalen Kandidaten siegte, ist der „Kath. Corr.“ zufolge Wahlprotest erhoben worden, weil festgestellt wurde, daß unter andern über 100 Leute zu Unrecht wählten, da sie entweder das wahlfähige Alter nicht bejahen oder Armenunterstützung erhielten. — Und in diesem Kreise kann man von „sozialdemokratischen Wahlhülfsvereinen“ noch nicht reden!

Die „sozialistischen“ Phrasen des Ministers Müller geben der bürgerlichen Meinungsopressur wieder neues Futter. Müller befragt bekanntlich das Nebenhalten für die Regierung. So auch am Sonntag. Die hannoversche „Katholische Anzeigerzeitung“ vermahnt die Hannoverer im Süden beging nämlich am Sonntag die Feier der Fertigstellung der 4000. Lokomotive und des 5000. Dampfzuges. An der Feier nahm auch Müller teil. In seiner Ansprache erwähnte der Minister, es die Zeit vor 41 Jahren, als England auf der Londoner Weltausstellung mit seinem großen Schnelllokomotiv sich unsere kleinen hiesigen Lokomotiven überlegen zeigte. Er ist dann fort:

Wenn wir auf dem Wege fortgeschritten, wenn nicht bei uns ähnliche Dinge, wie sie jetzt in England kurz gemacht haben, dahin Reiz geben, daß man unsere Arbeiterschaft nicht durch Maschinen über den Schanden für die Arbeiter, nur dann werden wir wirklich an die Spitze stehen können. Durch Einsparnis von Arbeit werden manche Hände allerdings nicht mehr gebraucht, aber nur, um mit andern Händen mehr fertig zu stellen und denselben Händen einen sehr viel höheren Lohn zahlen zu können, als es früher möglich war. So meine ich, hängt es von Wohl und Wehre daran, daß die glückliche Umwälzung, die wir in den letzten Jahrzehnten gemacht haben, auch den nächsten ihren Fortgang nehmen möge.

Schöne Worte! —
— Zur „Fusion“ der Nationalsozialen. Auf den niedersteirischen-westfälischen Parteitag der nationalsozialen Partei, der am Sonntag im Eldersfeld stattfand, wurde folgende Resolution angenommen:

Wir erklären in dem Interesse des Gesamtvolkes die Verbindung der nationalsozialen Partei mit der nationalsozialen Partei als die beste und geistvollste Lösung der Aufgabe der Arbeiterpartei. Die nationalsozialen Partei ist die einzige Partei, die die Interessen der Arbeiterpartei in der Welt vertreten kann, und die nationalsozialen Partei ist die einzige Partei, die die Interessen der Arbeiterpartei in der Welt vertreten kann.

Der nationalsozialen Partei hat in einer Zeit, die die „Fusion“ als ein Mittel zur Lösung der nationalsozialen Partei angesehen. Die nationalsozialen Partei hat in einer Zeit, die die „Fusion“ als ein Mittel zur Lösung der nationalsozialen Partei angesehen. Die nationalsozialen Partei hat in einer Zeit, die die „Fusion“ als ein Mittel zur Lösung der nationalsozialen Partei angesehen.

Kämpfer dürfen an Vereinigungen nicht teilnehmen! Das hat heute wieder einmal das Kammergericht entschieden. Unter w. Anwesenheit befindet sich heute:

Zur Kammergericht hat heute ein Urteil gefällt, das die nationalsozialen Partei in der Welt vertreten kann, und die nationalsozialen Partei ist die einzige Partei, die die Interessen der Arbeiterpartei in der Welt vertreten kann.

müßglieder (Grünner und Genossen) wurden darauf wegen Veranlassung einer nicht genehmigten öffentlichen Tanzlustbarkeit angeklagt und in zweiter Instanz auch zu Geldstrafen verurteilt. Das Landgericht führte aus:

Es habe die Absicht einer Gehehsmäßigkeit bestanden. Man habe sich nicht mit der Einladung einzelner Personen begnügt, sondern gleich ganze Vereine eingeladen. Obwohl der Arbeiter-Turnverein nur 46 Mitglieder zähle, hätten 180 bis 190 männliche und fast ebensoviel weibliche Personen am Fest teilgenommen. Zum Fest seien aber Personen, die sich weder als Mitglieder der beteiligten Vereine noch als besonders geladene Gäste ihnen gleich anheimgeben, doch Mitglied des Arbeiter-Turnvereins zu werden und ein Eintrittsgeld von 50 Pfennig zu zahlen. Dem seien eine größere Anzahl der eingeladenen gefolgt, und sie hätten dann fröhlich am Fest teilgenommen. Zweifellos hätten die 50 Pfennig kein Eintrittsgeld, sondern nur ein beschleiertes Tanzgeld für den festlichen Abend sein sollen. Es sei eine nach Art, Zahl und Individualität unbestimmte Personenmehrheit zusammengelassen und das Fest müsse als öffentliche Tanzlustbarkeit gelten.

Das Kammergericht verwirft die gegen dieses Urteil von den Rechtsanwälten W. Seine und Dr. Wehring eingelegte Revision mit folgender Begründung: Der Begriff der öffentlichen Tanzlustbarkeit sei nicht verkannt worden. Auch sei eine öffentliche Tanzlustbarkeit genügend festgestellt, denn es sei anzunehmen, das Landgericht erachte für festgestellt, daß jedermann ohne Unterschied Zutritt gegen ein Eintrittsgeld von 50 Pfennig, Eintrittsgeld genannt, Zutritt erhalten habe.

Das Urteil muß zur Folge haben, daß kleineren Vereinen in Zukunft jede Möglichkeit genommen wird, Vergnügen abzuhalten!

Königliches Geschenk. Eine Summe von 1500 Mark spendete für die Ueberschwemmten in Schlesien der König Georg von Sachsen.

Schuldhaft im Lande des Ochsenkopfs. Der Gutsbesitzer Krey auf Woggersin in Mecklenburg, geistlicher Schulpatron seines Gutsbezirks, befehlt dem Lehrer Hoth, daß er künftig bei zu liefernden Schulkosten mit den Schültern auf dem Moore selbst Reche; ebenso verlangte Herr Krey, daß der Lehrer für Weidgerechtigkeit jährlich eine Stoppelgans zu liefern habe. Auf die Beschwerde des Lehrers wies das Ministerium den Schulpatron zurück und erklärte dessen Forderungen für ungesetzlich. Nun ließ Herr Krey die Saatartoffeln des Lehrers nicht nach dem Felde fahren, den Schulkosten zwar ansahen, doch nicht abladen und an den Aufbewahrungsort bringen. Auf erneute Beschwerde des Lehrers erklärte das Ministerium, daß in diesem Falle der Lehrer seine Ansprüche auf dem Rechtswege geltend zu machen habe.

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse. Wegen Majestätsbeleidigung hatten sich vor der Strafkammer in Marburg zu verantworten der Kesselschmied Karl Dohs aus Staffelsheim in Oberfranken und der Instrumentenmacher Max Backofen aus Dresden. Sie hatten in einer Wirtshaus zu Hartenrod im Rignum über ihre Arbeitsverhältnisse sich zu einigen verletzenden Bemerkungen über den Kaiser hinreißend lassen. Demangiert hatte sie ein gewisser Karl Moritz Schmidt aus Chemnitz. Dohs wurde wegen Beleidigung in zwei Fällen zu 4 Monaten, Backofen zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt unter Anrechnung von je 1 Monat der erlittenen Untersuchungshaft. Für den Letztgenannten hatte der Staatsanwalt Freisprechung beantragt, da seine Bemerkungen wohl nicht als Beleidigung, sondern nur als eine Mißverständlichkeit angesehen werden könnte. Trotzdem die Verurteilung!

Oesterreich-Ungarn.

Nach mehr Soldaten-Morde. Ein neues „Kampfbüchlein“ österreichischer Truppen hat sich bei Stanitz in Galizien herausgegeben. Dagegen wurde sofort ein Verbot erlassen, das in den Truppen der militärischen Verbände des 14. Infanterie-Regiments und der Landwehr vorgelesen werden soll. In demselben wird den Truppenmitgliedern dreimal die Pflicht durchgelesen und zahlreiche schwere Strafbestimmungen der Militärstrafgesetze zur Kenntnis gebracht. So sind unter andern die Bestimmungen des Regiments nicht weniger als 16 Mann erkrankt. Die militärischen Soldatenverbände werden demnach ganz systematisch betriebslos!

Von der Schenkungsaffäre. Nach einer Fortsetzung des „Zur Zeit“ aus Budapest ermittelte die Untersuchungskommission in der letzten Sitzung der parlamentarischen Untersuchungskommission, den Grafen Szapary in der Schenkungsaffäre weiter befragt und befragung zu haben. Szapary habe für alle Fälle seine Absicht, sich bezüglich der Schenkung, daß es zu keiner Rückgabe gekommen. Die Aussagen Szapary werden von der Kommission als ein Zeugnis angesehen, da er, wenn auch teilweise ungenau, habe, daß der Graf Szapary zu den Besichtigungen getreten habe und der Kaiserliche Kommissar auf die Frage, ob er von der Untersuchung Kenntnis gehabt habe, nur unbestimmte Antworten gab.

Italien.

Der neue Papst. Scherker nach, als man erwartete, hat sich das Konklave nicht geäußert. Erst heute, Freitag, früh nach sieben vergeblichen Versuchen, konnte der neue Papst ausgerufen werden. Ein Privattelegramm berichtet uns darüber:
Rom, 4. August, 2 Uhr nachmittags. Kardinal Serra, Erzbischof von Szeged, wurde zum Papst gewählt. Er nimmt den Namen Pius X. an.
Die „Fatti“ Kampfleute sowohl wie auch Sanntelli, auf die man so große Hoffnungen gesetzt, sind also beide untergegangen. Serra ist ein unbedeutendes Blatt.

Frankreich.

Die Sozialisten von Delachaux sind in Paris geblieben. 50 Sozialisten und Sozialistenvereine sind in Delachaux geblieben. Die Sozialisten von Delachaux sind in Paris geblieben. Die Sozialisten von Delachaux sind in Paris geblieben.

bahnamtis nachzukommen. Als die Arbeiter sich anstellten, einen zweiten Zug anzuhalten, wurde eine Abteilung von 40 Soldaten beordert und als diese von den Aufständischen mit einem Steinhügel und Revolverkugeln empfangen wurden, erscholl das Kommando „Feuer!“ Mehr Arbeiter wurden getötet und 18 verwundet. Die Züge konnten darauf wieder verkehren.

Reiter meldet man aus St. Petersburg, daß auch schwere Unruhe in Lissabon ausgebrochen seien. Einzelheiten fehlen noch. Der Streikstreik von Bahn hat auch den Ausbruch der Arbeiter der Handelschiffe sowie sämtlichen Arbeiter der Schiffahrtsgesellschaften in den Haupthäfen des Schwarzen Meeres, besonders in Odessa, nach sich gezogen und droht ernstlich den ganzen Schiffahrtverkehr. Man versucht, den Verkehr so gut wie es irgend geht, durch provisorische Einstellung von Matrosen der Kriegsmarine aufrecht zu erhalten. Der Streik wird zum Teil in Baku fortgesetzt.

Niesen-Demonstration. Nach einer Wiener Meldung wird der „N. Fr. Presse“ aus Odessa berichtet, daß, nachdem von einer Versammlung von 50 000 Personen der Generalstreik beschlossen worden war, sofort alle Fabriken und Geschäfte geschlossen wurden, den Betrieb einzustellen. Da die ganze Bevölkerung ihrer Sympathie für die streikenden Ausdruck gab, konnte die Polizei und das Militär nichts ausrichten.

England.

Die Arbeiterpartei und der Sieg von Barnard Castle. Der Erfolg des Arbeiterkandidaten Mr. Henderson, so wird aus London gemeldet, ist ein Sieg des Gedankens der unabhängigen Arbeiterbewegung. Er reißt sich den Siegen an, die in den letzten zwölf Monaten in Clitheroe und Woolwich errungen worden sind. Es ist also kein Zweifel mehr, daß eine politische Arbeiterpartei im Entstehen begriffen ist. Die im nächsten Frühjahr vorzunehmenden Hauptwahlen dürften diese Tatsache in noch deutlicherer Weise zum Ausdruck bringen. Schon die Zusammenstellung der in letzter Zeit errungenen Arbeiter Siege, Shackleton, Crooks und Henderson zeigt, daß die Ansicht der Liberalen, in Barnard Castle hätte nur der Freihandel gesiegt, nicht richtig ist.

Ueber die Zukunft der entstehenden Arbeiterpartei läßt sich allerdings vorläufig noch nichts sagen. Das Komitee für Arbeitervertretung, dem diese Siege zum guten Teil zu verdanken sind, hat sich bis jetzt zum Sozialismus nicht bekannt. Dennoch wirkt es im sozialistischen Sinne, indem es das Proletariat zum politischen Klassenbewußtsein erzieht. Die entstehende Arbeiterpartei ist sozialistisch, ohne sich um sozialistische Lehren zu kümmern. Oder deutlicher: die wirtschaftliche und politische Entwicklung Englands ist derart gebieter, daß eine selbständige Arbeiterpartei nicht anders als sozialistisch handeln kann. Die Hauptaufgabe für die englische Arbeiterpartei ist Unabhängigkeit von den kapitalistischen Parteien. Bleibt die Partei unabhängig, so muß sie unfehlbar im Sinne der Sozialdemokratie wirken.

Dies scheinen auch die Liberalen zu fühlen. Denn Genosse Keir Hardie, der den Unabhängigkeitsgedanken mit aller Energie vertritt, wird jetzt in niederträchtiger Weise von liberalen Blättern angegriffen. Ferner meldet die „Daily News“, daß der Trade Union Congress, der in etwa fünf Wochen in Leicester stattfindet, darüber zu entscheiden haben dürfte, ob die Unabhängigkeit der Arbeiterpartei gut sei oder nicht. Selbstredend arbeiten die liberalen Blätter und die radikalen Abgeordneten gegen die Unabhängigkeit. Diese Elemente sind es, die die entstehende Arbeiterpartei zu erdrücken suchen, und sie werden gewiß ihre Leute in Leicester haben, um gegen die Unabhängigkeit zu wirken. Dann kommt die Zollvereins-Regulation, die, wie Chamberlain im Unterhause erklärte, zu einem großen politisch-ökonomischen Kampfe werden“ und ohne Zweifel viel Verwirrung anrichten wird.

So geht die junge Arbeiterpartei jetzt ihrer ersten Krise entgegen. Das nächste Halbjahr kann für die englische Arbeiterbewegung von großer Bedeutung werden.

Spanien.

Die Gärung in allen Arbeiterzentren wird immer enger. Der Gouverneur von Barcelona hat die gesamte Polizeimacht der Provinz nach Barcelona beordert, und ähnliche Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung wurden in Cordoba, Murcia, Cadix, Sevilla, Ferre und Coruna getroffen. Ueberall fürchtet man den Generalstreik der Arbeiter.

Serbien.

Alexanders und Dragas Nachlaß. Der Nachlaß des ermordeten serbischen Königspaares ist nunmehr, wie dem „Gol.-Anz.“ aus Belgrad telegraphiert wird, genau festgestellt. Alexander hinterläßt 250 000 Frank Bargeld und Staatspapiere im Werte von 150 000 Frank als Privateigentum, ferner das ganze jetzige Mobiliar des Königs und die überaus kunstvollen Silbergeräthe des Palastes. Jedoch sind Schulden und unbezahlte Rechnungen im Betrage von 500 000 Frank vorhanden und haben zu streifen. König Dragas hinterläßt ohne ihren Schuld, der 150 000 Frank wert sein soll, ein Vermögen von 257 000 Frank, das ihre Schweftern erben werden.

Kleine politische Nachrichten. Das bis Ende dieses Monats reichende Verbot der Einfuhr von Waffen nach China wird von den Mächten nicht verlängert werden. — Die bisherigen sechs Wahlgänge des Konklaves sind resultatlos verlaufen. — Kardinal Ferrero-Carpinosa, welcher schon schwer herzkrank das Konklave bezog, liegt im Sterben. Es wurde das große Konklave eröffnet, um die Angehörigen des Konklaves einzulassen. Kardinal Serafino Cretoni ist im Konklave ebenfalls tödlich erkrankt. Die Wahl geht weiter. — Die Sommerjudung im Prozeß wegen des Kravalls in Laurabutte ist fertig. Die Anklage lautet auf Mord, nicht Landfriedensbruch. Es erfolgen noch immer Verhandlungen. — Der Vorsitz der Lüder Bürgergesellschaft, Kaufmann J. G. Voorn, wurde zum Mitgliede des Senats gewählt. — Gestern vormittag waren die Berichte der parlamentarischen Untersuchungskommission in Budapest vollständig belanglos. Die Verhandlungen werden immer langweiliger, da nicht nur die Abgeordneten fortwährend neue Zeugen nennen, sondern auch aus dem Publikum sich viele zum Verhör melden. — Dem marokkanischen Behörden in Tanger ist amtlich die Nachricht zugegangen, daß der Präsident in einem Gefecht schwer verwundet und infolge dessen gestorben ist. (Wahrscheinlich schon zum dritten Male). — Wie die „Dresd. Ztg.“ aus Odessa erfährt, ist dort der große Belagerungszustand verhängt worden. Die Zahl der Aufständigen beträgt bereits 50 000. Die Geschäfte und Banken sind geschlossen. Militär besetzte die Reichsbank.

Aus der Arbeiterbewegung.

Auf die Vizepräsidentenfrage kommt in ihrer „Kückblicken“ die „Nordd. Allg. Ztg.“ zu sprechen; sie meint: „Die Wahl des Präsidiums des Reichstags ist weder eine Reichstagsfrage, noch sollte sie eigentlich eine Parteifrage sein; denn sie ist und bleibt eine Frage des Vertrauens zu den Gewählten, dem Takte und dem Gerechtigkeitsfuh des zu Gewählenden. Dieser Standpunkt dürfte auch in der Zukunft der maßgebende bleiben.“ — Sehr gut. Da es in der sozialdemokratischen Fraktion eine ganze Anzahl Personen gibt, die Fähigkeiten, Takt und Gerechtigkeitsfuh besitzen — müßten doch selbst bürgerliche Wähler das zugeben! — so müßte eigentlich die „Nordd.

Aus der Parteibewegung.

Genosse **Webel** erklärt in einer Mitteilung an die „Schwab. Tagwacht“, daß er bei Einfindung seiner Erklärung gegen Bernstein an die „Neue Zeit“ keinen Wunsch geäußert habe, an welche Stelle dieselbe kommen solle. Genosse Diez-Stuttgart teilt dem „Vorwärts“ brieflich mit, daß er selbst angeordnet habe, die Erklärung **Webels** an der Spitze der betreffenden Nummer der „Neuen Zeit“ zu bringen; weiterer Text konnte aus typographischen Gründen nicht auf die erste Seite gelangen.

Hoffentlich sind jetzt die bürgerlichen Blätter, die über den „Erlaß **Webels**“ wenig geistreich witzelten, beruhigt. — Genosse **Webel** schließt seine obigen Mitteilungen also:

Auf die Ausführungen **Bollmars** über die Besetzung der ersten Vizepräsidentenstelle im Reichstag durch ein Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion will ich mich hier nicht näher einlassen, es wird aber an anderer Stelle ausführlich geschehen. Ich will nur bemerken, daß die betreffenden Ausführungen nichts Neues enthalten, denn sie wurden schon 1898 in der ersten Fraktionsitzung von **Bollmar** in gleicher Weise gemacht, ohne daß damals die sehr große Mehrheit der Fraktion sich veranlaßt sah, dieselbe zu akzeptieren. —

Um uns das **Zuhörergehen** schmachhaft zu machen, glaubt die demokratische „Frankf. Zeitung“ mit folgenden Illustrationen über die Leutlichkeit **Wilhelms 2.** dienen zu müssen:

„Es geht bei den Empfängen des Präsidiums und bei sonstigen Zusammenkünften des Kaisers mit Parlamentariern nicht immer bloß so zu, wie es dann in Berichten an die Öffentlichkeit gelangt. Das Beste wird zuweilen verschwiegen. Es haben schon Präsidenten, die nicht liberal waren, Herr v. **Debes** und, wenn wir nicht irren, auch schon Graf **Waldesleben** recht offen mit dem Kaiser gesprochen und die Rechte des Parlamentarismus gewahrt und ihre Überzeugungen. Es hat ihnen nichts geschadet. Es ist eine falsche Vorstellung, daß solche Begegnungen sich nur nach der Schablone der Hofetikette abspielen. Das Wort: „Sie sind ein mächtiger Diktator!“ entspricht z. B. nicht den gewöhnlichen Anschauungen über den Hofton; die Replik: „Eure Majestät sind ja wohl auch ein Märker“, wird manchen überraschen. Der Kaiser hat sie unsres Wissens ruhig und lachend aufgenommen, und sie hat seine Schätzung des Mannes nicht vermindert, der nebenbei bemerkt, sogar auch eine Uniform trug. Also so schlimm ist die Sache mit dem Zuhörergehen nicht, wenigstens nicht für höfliche Leute, die sich darüber klar sind, daß die Stärke der Überzeugung nicht vom starken Tone abhängig ist.“

Das tröstet uns kolossal. Also nur her mit den Kniehosen! —

Gendarmen sind nicht überflüssig. Als die überflüssigsten Menschen der Welt hatte Abgeordneter **Genosse Zubeil** die Gendarmen bezeichnet, das hat ihm eine Strafe von 50 Mark eingebracht. Die fragliche Äußerung ist in einer Wahlversammlung gefallen, die Z. im „Müggelheim“ abhielt. Abg. **Zubeil** bestritt, daß die Äußerung so gelaunt habe, dagegen sagten die beiden überwachenden **Gendarmen** unter ihrem Eid aus, daß die Beleidigung so gelaunt habe, wie sie in der Anklageschrift enthalten war. Und weil's die Gendarmen sagten, hat das Gericht es geglaubt. Jetzt wird Z. hoffentlich von der Unentbehrlichkeit der Gendarmen überzeugt sein. —

Internationale Solidarität. Noch nachträglich erhält der „Vorw.“ einen **Gliedwunfch** zur **Reichs-**

tagswahl von fernher über den Ozean. Der Vorstand des Allgemeinen Arbeitervereins zu **Sao Paulo** (Brasilien) ruft den deutschen Genossen aus Anlaß des Wahlsieges ein begeistertes Bravo zu. Unsere Genossen in **Sao Paulo** sehen in dem Wahlergebnis die Quittung für den brotverteuernden Zollltarif und eine Antwort auf die Heze gegen die Sozialdemokratie. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 4. August 1903.

Der nationalliberale Klingelbeutel geht um.

Und dann führen wir am 25. Juni den Berliner Sozialdemokraten **Pfaumlich** an die Stadtgrenze und rufen ihm ein lechtes „Auf Nummerwiedersehen!“ zu. Und dann werden wir ein **Zubelstfest** veranstalten, wie es **Magdeburg** noch nicht gesehen hat!

Justizrat Stern in der Verammlung der vereinigten **Milchmächler** am 23. Juni im „Hoffjäger“.

Der **Kausch** war schnell dahin. Bereits am 28. Juni waren in einem vornehmen Hause in der Auguststraße eine Anzahl der **Arendtschen** Wahlmacher versammelt, um sich gegenseitig zu schwören, nie wieder einen Pfennig für nationalliberale Wahlen herzugeben. Alle die Phrasen von der Macht der „Ordnungsparteien“ seien eitel Schallmüllerei gewesen. Der **Sekt**, der auf **Arendts** Sieg in Strömen fließen — sollte, hätte gepumpt werden müssen — kurz, der **Kausch** war perfekt.

Nun konnte man aber der Meinung sein, die vielen nationalliberalen **Millionäre**, die sich so eifrig für **Arendt** ins Zeug legten, hätten sich doch nicht lumpen lassen und wenigstens die **Wahlschulden** bezahlt. Aber schäbig wie ihre Kampfesweise war, ist auch die Opferwilligkeit der **Milchmächler**.

„Die meisten **Millionäre** und **Geldprozen** sitzen in der nationalliberalen Partei!“ so sagte selbst der **Funker von Kröcher**. Und diese **Millionäre** müssen sich von den **Magdeburger** Arbeitern beschämen lassen. Seit Anfang Juli nämlich versendet der geschäftsführende Ausschuß der Nationalliberalen folgenden rührligen **Bettelbrief** an die hiesigen **Kapitalisten**:

Sehr geehrter Herr!

Die diesjährige Reichstagswahl ist leider für die nationalen Parteien nicht siegreich ausgefallen, dagegen wurde durch emsige, fleißige Arbeit und rastlose Mühe aller unsrer treuen Helfer, als Vertrauensmänner, Obmänner, Redner und Führer, eine feste Gesamtorganisation geschaffen, deren dauernde Aufrechterhaltung sicherlich allen patriotisch gesinnten Bürgern am Herzen liegen dürfte.

Wir wollen deshalb auch unsre Mitglieder und Parteiangehörigen für die Folge ständig für alle politischen Fragen interessieren und in häufigeren Versammlungen auf die Wahlen vorbereiten und zum Eifer anspornen, auch anderweitige Maßnahmen treffen, die zu einer Vertiefung und umfassenderen Gestaltung unsrer Organisation und Agitation geeignet erscheinen.

Möge uns durch diese Bestrebungen bald das ersehnte Ziel vergönnt sein!

An **Unkosten** sind uns für die Doppelwahl über **10 000 Mark** entstanden, ein Betrag, der unsre augenblicklichen Mittel ganz erheblich übersteigt.

Da die bevorstehende **Landtagswahl** ebenfalls eine entsprechende Summe erfordert wird, so wenden wir uns vertrauens-

voll an die bekannte und so oft geübte Opferfreudigkeit unsrer Mitglieder und Mitbürger.

Wir bitten daher auch Sie, hochgeehrter Herr, einen Ihnen angemessen erscheinenden Betrag auf inliegender Karte freundlichst zeichnen und solche an ihre Adresse gefälligst absenden zu wollen.

Indem wir Ihnen schon im Voraus für Ihre liebenswürdige Mithilfe unsern verbindlichen Dank aussprechen, zeichnen wir mit ergebener Hochachtung

Der geschäftsführende Ausschuß des nationalliberalen Vereins.

Reichardt. Dr. Sernau. Schiffer. Arendt. Geritz.

1 Karte in frankiertem Umschlage!

Das **Zirkular** bringt das Beste zulezt. Im ersten Teil versucht es die Mitglieder zu trösten und es werden ihnen allerlei Versprechungen gemacht. Der zweite Teil aber ist der kalte Wasserstrahl und es zeigt sich, daß man nicht einmal das Geld für die „glänzende“ Kandidatur **Schiffer** beisammen hat. Wahrlich: die Herren **Schiffer**, **Stern**, **Kaufmann** und **Genossen** sollten sich diebisch freuen, daß ihnen das „Zubelstfest“ erspart blieb. Die **Schulden** hätten sie ja schließlich aufgefressen! —

— **Der feine Herr als Wahlfälscher.** Bekanntlich ist in **Magdeburg** ein Fall von Wahlfälschung vorgekommen, von dem feinerzeit die hiesigen Blätter frohlockend berichteten, daß er dennächst seine gerichtliche Sühne finden werde. Das letztere stimmt nun zwar nicht, denn damit hat's einstweilen noch gute Wege. Wohl aber sind wir in der Lage, über den Fall selbst folgende nähere Angaben zu machen:

Am **Stichwahltag** kam in die Wohnung eines **Malers** namens **Korte** in der **Neustadt**, **Sieverstorferstraße 3b**, ein nach Angaben der **Frau K.** und einiger **Hausbewohner** „feiner“ Herr, der nach dem Aufenthalt des **Herrn K.** fragte. **Frau K.** erwiderte, daß derselbe auf Reisen und zwar in **York** sei, worauf der Herr sich draußen etwas notierte und fortging. Kurz darauf hat derselbe Herr, nachdem er sich einen **Malerkittel** angezogen, für **K.** die Stimme abgegeben. Kaum hatte er das **Wahllokal** verlassen, als einer der **Beisitzer** stutzig wurde und erklärte, das könne doch **K.** nicht gewesen sein. Aber da war es zu spät. Jetzt wird von der **Polizei** nach diesem „feinen Herrn“ eifrig geforscht. —

— **An den Schandpfahl!** Der gestern veröffentlichten Liste solcher Blätter, die den traurigen **Mut** haben, das geplante **Attentat** gegen das **Wahlrecht** zu billigen, muß auch das Blatt des **Herrn Louis Stein**, die „**Neueste Nachrichten**“, angefügt werden. Das Blatt schreibt:

„Warum soll man eine Aenderung des Reichstagswahlrechts denn nicht erörtern dürfen? Das Bedürfnis nach einer gerechteren und mehr vernunftgemäßen Ausgestaltung unsres Wahlrechts ist in weiteren Kreisen vorhanden. Auch vom liberalen Standpunkt aus kann man der Frage sehr wohl näher treten, ohne liberalen Prinzipien untreu zu werden, ohne eine angeblich liberale Einrichtung eventuell anzustoßen, wenn sich die Aenderung des Wahlrechts als unumgänglich erweisen sollte!“

Es tut zwar wenig zur Sache, ob das Blatt dafür oder dagegen ist, dazu ist es bekanntlich zu unbedeutend; aber zur Charakteristik der „Unparteilichkeit“ desselben ist die Notiz wie geschaffen. —

Fenilleton.

Rachdruck verboten.

Der Prinzipienreiter.

Eine Geschichte aus dem Jahre 1848 von **Wilhelm Blos**

(9. Fortsetzung.)

4. Kapitel.

Protnoid.

Drei Damen hielten **Kriegsrat**.

„Nein, es ist zu arg.“ meinte die **Wirkliche** **Scheime** **Staatsrätin** **Gräfin von Kuhhorn**, „diese hergelaufene Person —“

„Diese **Zigeunerin!**“ fiel die **Hofmarschallin** **Gans** **Edle** **von Schweinsberg** ein.

„Und mein Sohn hat doch recht.“ rief die **Oberstallmeisterin** **von Landschaden**, die Mutter des im **Quell** verwundeten **Offiziers**, „mein armer Sohn hat doch recht; die Person ist geschmückt und wattiert.“

„Der ganze **Adel** des Landes ist **blamiert**.“ knirschte die **Staatsrätin**; „er hat sich von einer gewerbsmäßigen **Ländlerin** in den Hintergrund drängen lassen.“

„Ja, wir wußten unsern Vorteil nicht wahrzunehmen.“ klagte die **Hofmarschallin**. „Es war doch sonst ein wohl erworbenes, historisches Recht unsres Adels, dem **Landesvater** die **Freundinnen** zu stellen, deren er bedurfte.“

„Ja, ich begreife kaum, wie sich der **Adel** solch einen Vorteil hat entgehen lassen können.“ sagte die **Oberstallmeisterin** nachdenklich.

„Wie er nur an diesem spanischen Unkraut hat Gefallen finden können, unser allergnädigster Herr, der doch sonst von seinem guten Geschmack Beweise gegeben hat! In jüngster Zeit jähren es, als wollte er meiner **Melanie** seine **Guld** zuwenden. Die hätte aber auch besser für ihn gepaßt. Da ist nichts **Konfektion**, alles **Natur!**“ So sprach die **brav** **Hofmarschallin**.

„D.“ meinte die **Staatsrätin**, „die liebe **Melanie** war ihm ein wenig zu dick. Meine schlanke **Adelgunde** sah ihm besser zu gefallen.“

„Natürlich.“ sagte die **Hofmarschallin** giftig. „Sie haben von ihr die beste Meinung.“

„Und Sie küssen sich beide.“ rief die **Oberstallmeisterin** dazwischen. „meine **Sidonie** war eben im Begriff, sich Seine **Durchlaucht** zu erobern, da kam dies **spanische Lumpenmensch** —“

„Ihre **Sidonie!** Saha!“ lachte die **Staatsrätin** höhniisch. „an die haben **Serenissimus** niemals gedacht.“

„Und an die **magere Adelgunde** noch weniger.“ gab die **Oberstallmeisterin** wütend zurück.

Die **Hofmarschallin** hatte ihre Ruhe zuerst wiedergewonnen.

„Wir müssen sehen.“ sagte sie mit Würde, „wie wir **Seiner** **Durchlaucht** diese hergelaufene **Spanierin** vereiteln, damit wir unsern und unsrer **Töchter** Vorteil wieder wahrnehmen können.“

„Das müssen wir.“ bekräftigten die beiden andern. „Aber.“ fügte die **Staatsrätin** hinzu, „die Person soll sehr schlau sein. Wie sie **Seine** **Durchlaucht** einfiel —“

„Ah, wie jung sie ihn ein!“ riefen die beiden andern neugierig.

„Sie soll sich die **Gewänder** zerfächeln und durch solch **festen** **Streich** **Seine** **Durchlaucht** **bezaubert** haben.“

„Bezaubert!“ rief die **Oberstallmeisterin**. „Schade, daß man sie nicht als **Heze** verbrennen kann!“

Die **Staatsrätin** sah sie spöttlich von der Seite an. **Wahrscheinlich** dachte sie, daß dieses rüchliche, alte Weib denn doch eher als **Dolo** für eine **Heze** gehalten werden konnte.

„Wir müssen sie überbieten.“ sagte die **Staatsrätin**.

„Wir müssen dafür sorgen, daß **Serenissimus** auf einem seiner **Jagdchlößer** eine der **adligen** **Töchter** des Landes findet, in irgend einem **griechischen** **Kostüm**. das nicht allzubviel **berhüllt** — etwa als **Diana**. Die **Spanierin** wird er bald **tatt** **haben**, und so können wir sie **aussstechen**.“

„Ah, sehr fein!“ rief die **Oberstallmeisterin**. „Sein **ausgedacht!**“

Die **Hofmarschallin** aber **kräufelte** **berachtungsvoll** die **schmalen** **Lippen** und meinte:

„So etwas sind' ich doch **bedenklich**. Ein solches **Manöver** würde der **Reputation** und den **Ehrbegriffen** unsres **Adels** nicht entsprechen. Dazu gäbe ich meine **Töchter** nicht her! Das mögen andre tun, die in solchen Dingen weniger **stumplos** sind als ich.“

Die **Staatsrätin** wurde **dunkelrot**, blieb aber sonst **ruhig** und sagte:

„Sie haben wohl vergessen, daß Sie selbst einer solchen **Begegnung** **Ihr** **Dasein** **verdanken!**“

Jetzt ward die **Hofmarschallin** **dunkelrot**; alle **Anzeichen** eines **heftigen** **Ausbruchs** waren **vorhanden** — da trat die **Oberstallmeisterin** dazwischen und sagte:

„Wir wollen vernünftig sein und uns nicht untereinander streiten. Sonst laßt sich die **Spanierin** ins **Fäustchen** und wir werden **geleimt**.“

Das wirkte; die beiden **Begnerinnen** **maßen** sich noch einmal mit **giftigen** **Blicken** und **verbargen** dann ihren **Groll** unter **glatten**, **höflichen** **Mienen**, wobei sich jede **vornahm**, sich bei der ersten passenden **Gelagenheit** zu **rächen**.

„Übermorgen ist großer **Maskenball** im **Schloße**.“ sagte die **Oberstallmeisterin**. „Bei dieser **Gelegenheit** soll die **Zigeunerin**, wenn **demaskiert** ist, vor dem **ganzen** **Hoze** **ausgezeichnet** werden.“

„Ja! **Schändlich!**“ rief die **Hofmarschallin**. „Wir müssen sie **stürzen!**“

„Aber wie?“ frug die **Staatsrätin**.

„Ich habe meinen **Plan!**“ sagte die **Oberstallmeisterin**. „Wir stürzen sie mit Hilfe der **Maskenfreiheit!**“

„Ah, eine **Idee!**“ rief die **Staatsrätin**.

Sie setzten sich nun **zusammen** und die **Oberstallmeisterin** entwickelte **eingehend** ihren **Plan**. —

(Fortsetzung folgt.)

Witzwort" mit, daß er von dem pp. Ebeling angefallen sei und nicht umgekehrt, wie in dem Artikel gesagt wäre. Die ganze Angelegenheit, die wir nur auf Drängen einiger Genossen gebracht haben, scheint nach eingezogenen Erkundigungen, etwas stark aufgebauscht zu sein. Die beiden Kontrahenten werden vor Gericht den Kampf weiter ausfechten. —

Provinz und Umgegend.

Aischerleben, 3. August. (Zur Warnung!) Vor einigen Tagen wurde hier einem 7-jährigen Jungen, der im Konsumvereinslager Einkäufe machen sollte, von einem größeren Mädchen das Geld abgenommen unter dem Vorgeben, sie wolle die gewünschten Waren schon holen. Das Mädchen ging auch hinein, kaufte etwas und behielt den Rest des Geldes für sich. Um ähnlichen Vorkommnissen vorzubeugen, wollen Eltern und Vormünder vorkommenden Vorfällen und ihre Kinder und Pflegebefohlenen danach instruieren. —

Burg, 3. August. (Kein Gewerkschaftsfest.) Den Genossen und Gewerkschaftsmitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unklügelhafter das geplante Gewerkschaftsfest erst im September stattfindet. Das Gewerkschaftsstatut.

Gommern, 3. August. (Zu der letzten Stadtverordneten-Sitzung.) wurden die Herren Köhler und Kater zu der am 10. August d. J. stattfindenden Ersatzwahl eines Stadtverordneten als Bewerber des Wahlvorstandes gewählt; als Stellvertreter die Herren Hocht und Hartmann. Zu Mitgliedern der Einkommensteuer-Voranschlagskommission für die Periode 1908-1909 wurden gewählt die Herren Brademann, Mühe und Wolter; als Stellvertreter die Herren Stahmann und Käth. Der Vorschlag unseinerseits, den Genossen Karl Voigt zum Mitgliede resp. Stellvertreter obiger Kommission zu ernennen, lehnten die bürgerlichen Stadtväter „einstimmig“ ab. — Laut Beschluß der Versammlung wird die Marktstraße nicht gepflastert, sondern mit Scheinmörtel ausgepflastert, und zwar sollen die Kosten sich nur auf 100 Mark (1) belaufen. Im weiteren wurde der bisherige Schulgeldsatz für die von auswärtig die hiesige Schule besuchenden Kinder im Betrage von jährlich 4 Mark auf 12 Mark erhöht. Das Gehalt der Polizeiwachmeisterstelle, welche zum 1. Oktober d. J. vakant wird, wird von 1185 auf 1275 Mark jährlich erhöht. — Geheimne Sitzung: Die demnächst zu eröffnende Kleinleber-Versuchsanstalt (ein Geschenk unsres Ehrenbürgers Mantheyner-Verlin) soll in derselben Weise wie die frühere alte eingerichtet und geführt werden. Seitens der Stadt werden zu diesem Zweck 1000 Mark in den Etat gestellt und haben die Eltern der in Frage kommenden Kinder pro Woche 10 bis 15 Pf. pro Kind zu zahlen.

Halberstadt, 3. August. (Partei.) In der Sitzung vom Donnerstag wurde der Genosse Albert Katschi als Vorsitzender des Kartells gewählt. Hoffentlich wird der „Neugewählte“ sein Amt etwas länger behalten als seine beiden Vorgänger, damit das Kartell nicht immer unter jenem Wechsel zu leiden hat.

Die Sammlung der Wohnungsstatistik scheint von einzelnen Genossen eifrig betrieben zu werden, so hierin z. B. zwei Vertreter der Eisenbahner ihre Listen fertig ab. Ob die übrigen Vertreter ein gleiches Interesse zeigen werden, wird die Zukunft lehren. — Die Gewerkschaften der Metallarbeiter und der Tapezierer sind im Kartell durch Delegierte nicht vertreten. Hieran wurde bereits die Mitteilung gelehrt. Die Leitung wurde beantragt, sich an die Gewerkschaften zu wenden, damit sie Vertreter entsenden. Zu den Vorbereitungen zum Gewerkschaftsfest wurde ein Komitee gewählt. — Der Genosse Paul Katschi berichtet über die Verhandlung mit der Direktion der Brauerei „Glückauf“ in Mansfeld und erwähnt, daß diese dem Kartell das Gewerkschaftsgebäude nicht in allen Punkten recht geben könnte. — Alle Anfragen und Zuschriften an das Kartell sind nunmehr an die Adresse: Albert Katschi, Katschendorferstraße 11, zu richten. —

Halberstadt, 4. August. (Scheuwerter Imitation.) Die griechen Brillanten der Welt. In dem Schaufenster der Firma Franz Vieh, Semmelstraße 52, ist eine ganz genaue Imitation der größten Brillanten der Welt, in Vergleich nachgebildet, angefertigt. Die Imitationen werden in Amsterdam hergestellt und gibt die Edelsteine in Gestalt, Schnitt und Farbe naturgetreu wieder. Die Ausstellung steht nur noch eine Woche hier. —

Stettin, 1. August. (Zu der heutigen öffentlichen Versammlung.) sprach unser Reichstagsabgeordneter Albert Schmidt über das Thema „Die Ehren des Wahlkampfes und was haben wir zu tun, den Wahlkreis der Sozialdemokratie zu erhalten“. Der Redner nahm gleichzeitig Bezug auf die neuen Entwürfe betreffend die planmäßige Agitation zur Verwirklichung des Wahlrechts. — Der Bezirksverein gewann in der Versammlung 21 Mitglieder, die „Volksstimme“ 4 Abstimmen. Die Versammlung war gut besucht.

Stettin, 3. August. (Am Beginn des Senkungsgebietes) kreuzen die Eisenbahngleise die Veraburger Straße. Nachdem diese Gleise erst vor kurzer Zeit gezogen worden sind, hat sich jetzt schon wieder eine Senkung nötig gemacht. —

Thale, 3. August. (Ein roher Geselle) ist der mit seiner Wirtschaftlich zusammengehörige Arbeiter Mag Hoffmann. D. der früher Bierbändler war, glaubt jetzt seine „Kass“ auch an Wein zu ausüben zu können. Am Donnerstag den 30. Juli, abends, schmeiß er, in der Meinung seine Wirtschaftern vor sich zu haben, die 20-jährige Tochter seines Hauswirts selbst, welche nachher in Magdeburg ist, und jetzt zur Erholung bei ihrem Eltern wohnt mehrere Male mit einem Holzstapel darauf über den Kopf, daß sie bewußtlos zusammenbrach. Der freche Patron ist in diesem Falle noch verhaftet und am anderen Tage in das Landauer Gefängnis eingeliefert worden. Da H. jetzt schon längere Zeit nicht arbeitet, auch außerdem meinetens auf dem Festhals hat, wird ihn für seine unüberlegte Tat eine schwere Strafe treffen. —

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Wegen Verdachts des Verfalls von Eintrittskarten gegen ein Ständchen wurde Freitag gegen Abend im Stettiner Park ein Mann aus Dessau von zwei Passanten festgenommen, dem Rathhause in Verodossell zugewiesen und dann dem Gericht in Veraburg übergeben. Der Mann verweigert, er habe sich nichts zuschulden kommen lassen und führt die Verdächtigungen auf Klatsch und Unwahrheiten zurück. — Bei einem Tagewortgenossen in Gerchel bei Stendal kam es Sonntag zu Heberereien, so daß der Wirt zeitig Feierabend machen mußte. Kurz darauf wurde der landwirtschaftliche Arbeiter Schramm mit einer Schenkung unter dem rechten Ohr auf der Straße liegend aufgefunden. Er verstarb noch vor Anlauf des Arztes. Der Täter ist noch nicht ermittelt. — In Beejen bei Halle wurde der Arbeiter Gutschun ermordet und seiner Uhr und des Portemonnaies beraubt auf der Dorfstraße aufgefunden.

Gerichts-Zeitung.

Sandgericht Magdeburg, Ferial-Strasskammer.
Sitzung vom 3. August 1903.

Zwei Einbrecher. Die vorbestraften Arbeiter Otto Kobenzin, geboren 1859, und Fritz Halitzke, geboren 1880, zu Burg, erhielten wegen verschiedener Einbruchsdiebstähle Kobenzin 3 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust und Zulässigkeit von Polizeiaufsicht, Halitzke 9 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust. —

Ein Grabhändler. Der vorbestrafte Arbeiter Robert Seeger zu Burg, geboren 1856, starb am 11. Juni d. J. auf dem Kirchhofe von einem Grabbe zwei Blumentöpfe und wurde dabei von dem Aufseher Ludwig abgeholt. Den Angeklagten trafen 4 Monate Gefängnis. —

Eine „Sitz“ der Hausfrau. Die vorbestrafte ledige Martha Kott hier, geboren 1882, war bei dem Steinseifner Badenthi als Stütze der Hausfrau und benutzte am 31. Januar d. J. die Gelegenheit, den Koffer einer dort zum Besuch weilenden Dame zu öffnen und mehrere Kleidungsstücke zu entwenden. Die Angeklagte ist geklärt und wird zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. —

Ein Zuhälter. Der schon erheblich vorbestrafte Arbeiter Gustav Böhre, geboren 1881, und die ledige Martha Dahn, geboren 1887, hier, betrauten am 18. Mai d. J. unbesugt die Notehornweisen und erregten dort ein öffentliches Vergernis. Als ein Schuttmann sie abfahnte, beleidigte ihn Böhre durch Schimpfreden. Ferner beleidigte er den hinzugekommenen Vorhändler und verlichete ihn durch Drohungen zu nötigen, sich zu entfernen. Böhre war längere Zeit vorher schon der Zuhälter der Dahn. Die Verhandlung fand in nichtöffentlicher Sitzung statt. Am 20. Mai hatte Böhre auf der Straße absichtlich auch einen Schuttmann derart angereizt, daß er launelte. Die Kammer erkannte gegen Böhre wegen seiner Straftaten auf 4 Jahre 6 Monate Gefängnis, 3 Tage Haft, 5 Jahre Ehrverlust. Zulässigkeit von Polizeiaufsicht und Ueberweisung an die Landespolizeibehörde zur Unterbringung in ein Arbeitshaus nach verbüßter Strafe, gegen die Dahn auf 3 Tage Haft und 1 Woche Gefängnis.

Eine Mädfällige. Die Dienstmagd Marie Wiska aus Michaltow, geboren 1874, war bis zum 1. Juni d. J. in Stellung bei dem Gastwirt Knibbe hier. Sie stahl aus dem Haushalte fortgesetzt Kleidungsstücke und andre Wertgegenstände, sechs verfilzte Hülfen und zwei Kisten Zigarren. Da wiederholter Mißfall vorlag, lautete das Urteil auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust.

Freigesprochen. Der Kaufmann Franz Werk aus Stettin, geboren 1884, wurde von der Anklage der Unterschlagung freigesprochen. —

Gewerbegericht Halberstadt.

Sitzung vom 30. Juli 1903.

Vorsitzender: Stadtrat Leonhardt. Beisitzer: Zimmermeister O. Heinicke, Arbeiter, und E. Weiß, Zimmerer, Arbeiter.

Es klagt der Maurer Philipp gegen den Bauunternehmer Friedrich auf Zahlung einer Lohnschuldigkeit. Kläger behauptet, vom Beklagten zur Arbeit fest angenommen zu sein, welches aber vom Beklagten entschieden bestritten wird; letzteres wird auch durch einen Zeugen bestätigt. Da das Gewerbegericht nicht zu der Ueberzeugung kommen konnte, daß ein festes Abkommen getroffen sei, wurde Kläger mit seinen Ansprüchen abgewiesen. —

Vermischte Nachrichten.

*** Ein neues Mutterlaugen-Badesalz.** Die „Deutsche Kranken-Zeitung“ schreibt: Es ist den Ärzten seit länger als einem Jahrhundert wohl bekannt, daß sich mit Solbädern bei sehr vielen Krankheiten eine abkühlende, stärkende und heilende Wirkung erzielen läßt, wenn man nur den Wärmegrad, die Häufigkeit und den Salzgehalt des Bades jedem einzelnen Krankheitsfalle anzupassen versteht.

Nicht alle jedoch, denen vom Arzte eine Solbadkur verordnet werden muß, befinden sich in der glücklichen Lage, einen geeigneten Badeort aufzufinden zu können, da häufig entweder die Jahreszeit oder sonstige Verhältnisse es nicht gestatten. Im eignen Hause bereitete Solbäder aber finden gegenwärtig noch zu wenig Verwendung, weil die bisher im Handel befindlichen Badesalze entweder zu teuer sind oder zu wenig Kochsalz oder wohl gar grobe Verunreinigungen enthalten. In dem neuen eisenhaltigen Mutterlaugen-Badesalz Neurogen wird nun ein ebenso billiges wie vorzügliches Badesalz zu Solbädern im eignen Hause geboten, denn es enthält 73 Prozent Kochsalz, 25 Prozent Glaubersalz und 20 Prozent einer Verbindung von Chlormagnesium und Eisenoxydul.

Neurogen fand als Fortschritt für die Vereitung von Mutterlaugen-Solbädern im Hause ärztlicherseits bereits allgemeine Anerkennung. Auch die Ortskrankenkasse zu Leipzig hat dieses neue Mutterlaugen-Badesalz unter ihren Heilmitteln als bekannt angenommen, weil nach dem Urteile des Vertrauensarztes die damit bereiteten Bäder als zweckentsprechend zu bezeichnen seien, und auch vom ökonomischen Standpunkte aus keine Bedenken beständen, daß es an Stelle des Stettiner Abfallalkalis gebraucht werden könne.

Das Neurogen hat übrigens auch noch eine ganze Reihe anderer Vorzüge, z. B. die völlige Abwesenheit ätzender Salze. Diese erlaubt, daß man Neurogen-Solbäder in Metallwannen verabreichen kann, denn, da das Salz neutral ist, greift es Badewannen aus Metall nicht an. Ferner kann man das Salz im festen Zustande überall aufbewahren, weil es gar kein Wasser ansieht, wenn es nicht direkt an einem feuchten Orte aufbewahrt wird. Es löst sich fast augenblicklich im Wasser und ist sehr rein. Ein ganz besonderer Vorzug des Neurogen besteht aber in seinem hohen Chlorgehalte. Dadurch wird das Salz außerordentlich reich und ist geeignet zu Salzaureichungen in Substanz während des Bades. Daß durch die Salzaureichungen die Wirkung der Solbäder beträchtlich erhöht wird, ist unabweisbar und dürfte auch jedem leicht verständlich sein. Wie alle natürlichen Sole, so wirken auch Bäder, mit dem Mutterlaugen-Badesalz Neurogen bereitet, gegen eine stattliche Reihe von Krankheiten.

Wer sich für eine Solbadkur im Hause interessiert, ersuche sich von der Neurogen-Fabrik des Dr. med. Alwin Müller-Leipzig einen Prospekt, der gern unbedeutend jedem gefandt wird. —

*** Ungalante Sprichwörter.** Es ist eine bemerkenswerte Tatsache, schreibt die „Moderne Societät“, daß gerade in den Ländern, wo man den Frauen am meisten Galanterie bezeigt, in Frankreich, Italien und Spanien, die heftigsten Sprichwörter gegen sie geprägt sind. Vielleicht das schlimmste, was überhaupt von Frauen gesagt ist, hat der Franzose erfunden: „Eine Frau aus Gold ist ebenso viel wert wie ein Mann aus Stroh.“ Dann heißt es auch nicht sehr liebenswürdig: „Eine schöne Frau — ein schwacher Verstand.“ Glimmer verfährt man schon in den Sprichwörtern: „Frauen, Wind und Glid wechseln stets“, oder „Schwiegermutter und Schwiegermutter sind ein Sturm und Hagelwetter.“ Die Italiener sind sehr klug in ihren mißgünstigen Sprichwörtern. So ist z. B. viel Weisheit in dem Sprichwort: „Ein Mädchen heiraten und ein Pferd kaufen soll man von keinem Nachbar.“ Oder es heißt: „Eine Frau, die gern am Fenster steht, ist wie eine Traube an der Landstraße“, und „Wer Schererei in seinem Leben haben will, muß sich ein Schiff oder ein Weib nehmen.“ Aber eine ungewöhnliche Bosheit liegt in folgenden beiden Ausprüchen:

„Wenn ein Mann eine Frau und einen Centesimo verliert, so wird er den Centesimo vermessen“, und: „Die Natur hat die Frauen und die Kirche zu deren eignen Schaden schön gemacht.“ Wie Frauen sein sollten, ist schwer zu sagen. Die Frauen des „duftenden Paradieses“ bei den Türken bestehen nur aus Mochus und Kopfschmuck; aber selbst dort ist es fraglich, ob die Männer nicht irgend etwas ausfindig machen, worüber sie brummen können. Der Schotte legt sein Verkenntnis nieder in dem Sprichwort: „Mädchen sollten sanft und bescheiden sein, schnell zum Hören, langsam zum Reden.“ Im selben Sinne heißt es: „Trotzig ist die Frau, die keine Zunge hat; aber wohl dem Mann, der sie bekommen hat.“ Doch die Schotten urteilen noch nicht so streng über Frauen wie viele andre Nationen. Sie erkennen zwar, daß Mädchen und Gläser spröde Ware sind; daß es „besser ist, halb gehängt, als unglücklich verheiratet zu sein“; aber sie sagen wenigstens nicht soviel über die Falschheit der Frauen. Die Spanier sind am hartnäckigsten in ihren Sprichwörtern: „Es ist wahr, es gibt viele gute Frauen; aber sie sind alle schon unter der Erde.“ Eine Frau soll nur dreimal im Leben das Haus verlassen: wenn sie gekauft, verheiratet und begraben wird. „Wer einen Kal beim Schwanz und eine Frau beim Wort nimmt, kann wohl sagen, daß er nichts hat.“ Besonders die Witwen kommen schlecht weg. „Eine muntere Witwe muß entweder verheiratet, begraben oder in ein Kloster gesperrt werden.“ —

Bereine und Versammlungen.

Arbeiter und Maschinenarbeiter.

Zum Montag den 3. August waren die Angehörigen der obigen Berufs nach dem „Dreifachverband“ eingeladen worden, um in öffentlicher Versammlung Stellung zu nehmen gegen die brüske Art und Weise, wie die Freie Vereinigung der Tischlermeister Magdeburgs die Wünsche der Gesellen abweicht, indem sie sie einfach ignoriert. Leider war der Saal nur schwach besetzt, ein Beweis, daß bei dem Gros der Magdeburger Holzarbeiter von einem ausgeprägten Ehrgefühl noch nicht gesprochen werden kann.

Gorgas bemängelt den schwachen Besuch und glaubt, daß bei einer derartigen Interesselosigkeit etwas erprießliches für die Holzarbeiter nicht geschaffen werden könne. Redner gibt ein Bild von der Stellung des Tischlers in der Holzarbeiterbranche und behauptet, daß die Meister keine Reue haben, tarifliche Vereinbarungen zu treffen. Dies sei umso trauriger, als in einer ganzen Anzahl von Werkstätten unerbörte Mißstände vorherrschend seien. Besonders in hier habe das Ueberstundenwesen. Hiergegen einzustreiten sei eines der Ehrenämter der gesamten Holzarbeiter. Gorgas vermahnt die Kollegen, am 6. d. d. die Angehörigen der Tischler-Dauerischen Gewerkschaft eine friedliche Vereinbarung anzustreben und die Mitglieder des Zentralverbandes nicht. Versuche hierzu seien von seiten der letzteren gerade genug zu verzeichnen. Traurig sei es, daß die Herren Meister auf diesbezüglich geäußerte Wünsche nicht einmal eine Antwort gefunden haben. Die Herren Arbeiter hätten allerdings das größte Interesse an dem zurzeit herrschenden Verhältnis, da jeder nach Herzenslust die Ausbeutung betreiben kann. In Anbetracht des Vorgehens der Metallarbeiter, die in nächster Zeit mit der Forderung des 9-stündigen Arbeitstages an die Unternehmer herantreten werden, dürfen die Holzarbeiter nicht tatenlos zusehen. Redner stellt den Antrag, daß die Kommission, die zur Verhandlung mit den Meistern gewählt ist, einen letzten Versuch machen soll, die Unterhandlungen zwecks Schaffung eines Tarifs noch einmal aufzunehmen. Dieser Antrag wird nach kurzer Diskussion angenommen.

Nach einer kurzen Besprechung der Verhältnisse in der Werkstatt von Berger nahm der Gewerkschaftssekretär Weim das Wort. Derselbe spricht in scharfen Worten die offensichtlich zu Tage getretene Unzufriedenheit der Tischlergesellen. Bei einer derartigen Interesselosigkeit, bei dieser mangelnden Energie müßten die Meister Ziel sein, wenn sie den Wünschen oder Forderungen der Gesellen irgendwelche Bedeutung beimessen würden. Um das Maß voll zu machen, hätte sich dann hier noch die sogenannte „Freie Vereinigung“ gebildet. Darauf haben die Meister gerade noch getarnt. Derartige Querstreifen tragen am meisten dazu bei, Unlust bei denen zu erzeugen, die gern vorwärts wollen.

Unter „Verschiedenes“ fand eine längere Auseinandersetzung über das Verhältnis der Mitglieder des Zentralverbandes im Gegenatz zu denen der Freien Vereinigung, sowie eine Besprechung von Lohn- und Arbeitsverhältnissen in verschiedenen Werkstätten. —

Bereine-Kalender.

Arbeiter-Radfahr-Verein, Abt. „Einigkeit“, Wilhelmstadt. Jeden Mittwoch Zusammenkunft im „Luisenpark“. — 466
Arbeiter-Gesangverein Vulkan, Mittwoch abend 8^{1/2} Uhr Nebensaal im „Thalia“. Das Erscheinen aller ist unbedingt notwendig. —

Briefkasten.

H. Genthin. Kleinere Inserate müssen vorher bezahlt werden.
A. S. M. Pohl! Nicht 37 000, sondern 637 000 Mark Betrag die Gehaltszulage des Königs Georg von Sachsen. —
K. A. Langermünde. Wir sind gern bereit, Berichte in Entlohnung zu nehmen, vorausgesetzt, daß sie streng wahrheitsgemäß und nicht zu lang sind. —

Wahlkreis Calbe-Aischerleben. Am Montag Juli sind bei der Kreistafel eingegangen: Von Duedlinburg 55 Mark (Wahlfonds), von Stettin 16,65 Mark (Kalender), 34,35 Mark (Wahlfonds), 50 Mark (Wahlfonds), von Förderstedt 12 Mark (Wahlfonds), von Veraburg 20 Mark (Wahlfonds), 3,60 Mark (rote Hochzeit), 3 Mark (Geschenk für Stadtväter, von Veraburg 3,40 Mark (Wahlfonds), von Thale 100 Mark (Wahlfonds), von Aken 22,50 Mark (Wahlfonds), 12,50 Mark (Wahlfonds), 5 Mark (Kalender), von Biers 5 Mark (Wahlfonds), von Albert Schmidt 3 Mark (zum Kraus für Präsel).
Stettin, den 1. August 1903. Bizerowski.

Wasserstände.

	Gibr.	1. Aug.	2. Aug.	3. Aug.
Bardubitz	1.19	+ 0.19	+ 0.14	0.04
Brandis	0.01	+ 0.01	+ 0.05	0.04
Klein	0.34	— 0.34	— 0.40	0.06
Zeititz	0.38	— 0.38	— 0.32	0.06
Auhig	0.08	— 0.08	— 0.03	0.05
Tresden	1.50	— 1.50	— 1.47	0.03
Fergau	0.42	+ 0.42	+ 0.37	0.07
Wittenberg	1.17	+ 1.17	+ 1.17	—
Möhlau	0.68	+ 0.68	+ 0.60	0.08
Barby	0.82	+ 0.82	+ 0.74	0.08
Schönebeck	0.57	+ 0.57	+ 0.57	0.11
Magdeburg	0.85	+ 0.85	+ 0.83	0.03
Langermünde	1.43	+ 1.43	+ 1.39	0.04
Wittenberg	1.10	+ 1.10	+ 1.10	0.11
Wismig, Biegel	0.60	+ 0.60	+ 0.58	0.02
Lauenburg	0.66	+ 0.66	+ 0.62	0.04

Mag. Ztg." für die Wahl eines sozialdemokratischen Vizepräsidenten sein. Zu dieser Konsequenz schwingt sie sich jedoch nicht auf.

In der „Kreuztg.“ schreibt ein „v. B. W.“ also: „Gegenüber dem „gnäbigen“ Jugeschick einzelner sozialdemokratischer Korpsisten, die „Wesuch“ bei Sr. Majestät dem Kaiser mitzumachen, scheint es aber doch auch an der Zeit, die Frage aufzuwerfen, ob denn auch Sr. Majestät des Kaisers ein Präsidium zu empfangen geneigt sein wird, in dem ein Sozialdemokrat eine so hervorragende Stelle einnimmt.“

Bezeichnend ist es für die ganze Sachlage, daß die Sozialdemokraten selber ganz offen diesen „Besuch“ nur als letzte Form zu bezeichnen, als „Entschuldigung“ dafür, daß sie ihn überhaupt mitmachen. Zum Schauspiel ohne Inhalt wird er dadurch, während jeder (???) Deutsche in dem vom Reichstagspräsidenten erteilten Empfang eine Schuldigung der Vertretung des deutschen Volkes vor seinem Kaiser sieht. Wer die Bestimmungen der sozialdemokratischen Partei hierüber von diesem Gesichtspunkte aus liest, muß zugeben, daß die Ablehnung des Empfanges durch Seine Majestät die Wahrscheinlichkeit für sich hat. Wenn trotzdem von ernsthaften Politikern und Mitgliedern der sogenannten staats-erhaltenden Parteien an eine solche Wahl gedacht wird, so mögen sie das vor ihrem Gewissen und ihren Wählern verantworten, wir Konserverativen wollen aber nicht mitmachen.“

Jetzt haben also bereits die Blätter verschiedener Parteien offen erklärt, daß sie die Wahl eines sozialdemokratischen Vizepräsidenten nicht unterstützen. Das sollte den Schwärmern innerhalb unserer Partei doch eine Mahnung sein, ruhig die Beschlüsse der Fraktion abzuwarten. Der Kampf gegen die Wahlrechtswähler ist u. E. tausendmal wichtiger als das ewige Spintifizieren über die nebensächliche Frage: Gehen wir zu Hofe oder nicht? —

Zur Landtagswahl verlangt Genosse Dr. Leo Krons in einer Zuschrift an den „Vorwärts“ auch nach der Aenderung des Wahlreglements die möglichst vollzählige Beteiligung aller Urwähler. Er schreibt:

Es trösten sich namentlich die Konserverativen immer wieder damit, daß die öffentliche Stimmabgabe es vielen Urwählern unmöglich macht, zur Wahl zu gehen. Das trifft aber nicht ganz zu. Gewiß wird es vielen Wählern durch ihre wirtschaftliche Abhängigkeit unmöglich gemacht, ihre politische Meinung offen zum Ausdruck zu bringen. Solchen Wählern, die gleichwohl gegen das heutige Wahlsystem protestieren wollen, ist zu empfehlen, bei den Urwahlen sich selbst oder einem beliebigen Nachbarn ihre Stimme zu geben. Das wird umsoweniger einen Schluß auf ihre Parteistellung zulassen, als je nachdem auch Freisinnige, Genitimusmänner, Intimitäten usw. sich scheuen müssen, ihre Meinung offen darzutun.

Da einmal Beteiligung beschlossen ist, wird dem Verlangen sicherlich auch allenthalben nachgekommen werden. —

Der Thüringer Parteitag. Am Sonnabend vereinten sich im „Lobvit“ in Weimar die Genossen des Thüringer Landes, soweit der Verbreitungsbezirk der „Lobvit“ in Betracht kommt, zu dem Parteitag vorausgehenden Präkonferenz. Während der Abmementenstand am 1. Juli 1902 mit 4400 angegeben war, ist die Zahl jetzt auf 6650 gestiegen. Wünsche in bezug auf Erweiterung des Wahlkreises wurden geäußert. Es wurde ferner, da am 1. Oktober die Druckerei in ein eigenes Heim übersiedelt und eine leistungsfähigere Maschine angeschafft wird, die Erwartung ausgesprochen, daß man diesen Wünschen möglichst Beachtung schenken möge. Ein Antrag, für jeden Wahlkreis im Verbreitungsbezirk der „Lobvit“ 10 Freicemplare zur Landtagation zu gewähren, wurde angenommen.

Die eigentlichen Verhandlungen des Parteitages wurden am Sonntag vormittag eröffnet. 56 Delegierte aus 26 Orten und zahlreiche Gäste waren anwesend.

Genosse Michaelis-Erfurt erstattete den Bericht über die Tätigkeit der Thüringer Agitations-Kommission. Daraus ging hervor, daß der Agitations-Kalender für 1903 in einer Auflage von 84500 Exemplaren hergestellt wurde, daß ferner zur Einleitung des Reichstagswahlkampfes in 8 Wahlkreisen ein gemeinsames Flugblatt in einer Auflage von 115000 Stück verbreitet worden ist. Für 9 Wahlkreise machte sich zur Reichstagswahl ein Zuschuß von 14200 Mark nötig. Trotzdem die Tätigkeit der Agitations-Kommission Anerkennung fand, wurde deren Auflösung beschlossen, indem durch das Ausschreiben der drei weimariischen und der zwei meiningischen Wahlkreise, infolge eigener neugegründeter Landesorganisationen, die Agitations-Kommission überflüssig sei. Zur Annahme gelangte folgender Antrag: Nach Auflösung der Thüringer Agitations-Kommission treten die zum Verbreitungsbezirk der „Lobvit“ gehörenden Wahlkreise nach Bedürfnis zu den erforderten Präkonferenzen zusammen. Jeder Parteivorstand hat das Recht, einen Delegierten dazu zu entsenden.

Der Thüringer Parteitag findet in der Form, wie er nun alljährlich seit 13 Jahren abgehalten wurde, nicht mehr statt. Die Einberufung eines Thüringer Parteitages hängt in Zukunft von dem Bedürfnis ab. Die Präkonferenz wird, wie bisher, in Erfurt-Flörschungen gewählt. —

Zu dem forrignierten Urteil in Halle wird uns in Ergänzung unserer gestrigen telegraphischen Mitteilungen von unserem g.-Korrespondenten folgendes geschrieben: Bald nach der ersten Verhandlung im Dezember wurde von den Arbeitern jener Fabrik, in der Pittling arbeitete, behauptet, P. habe den Betrag von etwa 50 Mark doch verjubelt und nachher den Defekt durch Abhebungen auf das Sparkassenbuch seines Vaters gedeckt. Diese Behauptung stellte sich als wahr heraus und P., der früher keine Unschuld beteuerte, mußte heute, als ihm der Verteidiger Däumig vorwarf, er habe das gesammelte Geld am 29. Oktober in den Kneipen durchgebracht, schweigen. Staatsanwalt Schlütter gab zu, daß P.s Verhalten nicht ganz loscher war; Beleidigung liege aber vor, da P. das Geld nachher gedeckt, also nicht „unterschlagen“ habe. Beauftragt wurden 500 Mk. Geldstrafe eventl. 50 Tage Gefängnis. Das heute unter dem Vorstz des Landgerichts-Direktors Jacke verkündete Urteil lautete, wie bereits mitgeteilt, auf 300 Mk. Geldstrafe eventl. 30 Tage Gefängnis. —

Wegen eines Votchs auf den Reichstagsabgeordneten Sipinski sieben Tage Haft erhielt von der Amtshauptmannschaft Grimma ein Arbeiter R. Fischer. Grimma liegt in Sachen, das bejagt alles. Hoffentlich kommt es in diesem Falle zur richterlichen Entscheidung. —

Weiter geht's wirklich nicht mehr! Ansichtspostkarten mit einer Anbahnung der Zukunft Bebel's auf dem Dessauer Bahnhof am 21. Juni 1903 empfiehlt in unserm Anhalter Parteiblatt die dortige Volksbuchhandlung. Wenn das Dessauer Beispiel Nachahmer finden sollte, werden wir den bürgerlichen Parteien bald auf dem Gebiete des Personenkultus nichts mehr vorzuwerfen haben! —

Von unsern französischen Genossen. Eine große sozialistische Versammlung fand am Sonnabend in Bor-

deaux statt. Als Redner traten die Abgeordneten Dejeante, Constant und Julius Guesde auf. Letzterer entwarf ein Bild des revolutionären Sozialismus. Am Schluß seiner Rede richtete er heftige Vorwürfe gegen diejenigen Sozialisten, welche sich kompromittiert hätten, indem sie einen Ministerposten oder einen Vizepräsidentensitz übernahmen. Dieses letztere Teil der Rede wurde mit lautem Kundgebungen begleitet. Zahlreiche Anwesende brachten Hochrufe auf Guesde und Millerand, welche mit dieser Anspielung gemeint waren, aus, andre wieder auf Guesde. Es dauerte geraume Zeit, ehe die Ruhe wieder hergestellt werden konnte. —

Sozialistischer Fortschritt in Serbien. Nunmehr hat auch Serbien endlich seine sozialdemokratische Partei, deren formelle Gründung gestern von dem Arbeiterverein beschlossen wurde. Ein Telegramm berichtet darüber aus Belgrad: Auf dem Kongresse des hiesigen Arbeitervereins wurde die Gründung einer sozialdemokratischen Partei beschlossen. Der Kongress war von ungefähr 500 Personen besucht. Ferner wurde der Entwurf zu einem Arbeiterchutzgesetz ausgearbeitet. Nachmittags fand ein Umzug der Arbeiter durch die Stadt statt, bei dem eine rote Fahne voran getragen wurde. Auch das Lokal, in dem der Kongress abgehalten wurde, wies rote Fahnen und rote Dekorationen auf. Aus Brüssel traf vom internationalen sozialistischen Bureau ein Begrüßungstelegramm ein. Die Partei stellt sich völlig auf den Boden des Erfurter Programms. —

Gewerkschaftsbewegung.

Bauarbeiter. In Hannover wurden in einer Versammlung der Bauhandwerker und Bauarbeiter die von den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgestellten Einigungsvorschläge mit großer Mehrheit angenommen. Die Arbeitnehmer nehmen die Arbeit vorläufig zu den alten Bedingungen wieder auf. Für später sind gewisse Lohnerhöhungen und Abkürzung der Arbeitszeit vereinbart. Eine auf heute vormittag einberufene Versammlung der Arbeitgeber wird zu diesen Beschlüssen Stellung nehmen. Wie in der gestrigen Versammlung mitgeteilt wurde, werden sie dieselben ebenfalls annehmen. Der Kampf im Baugewerbe ist damit beendet. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 4. August 1903.

Gegen die Getreidezölle. Im Jahresbericht der Handelskammer zu Magdeburg wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß von der vom Reichstag beschlossenen Erhöhung der Getreidezölle, namentlich aber von der Aufhebung der Zollfreidite ab 1. Januar 1904, eine schwere Schädigung der hiesigen Mühlenindustrie zu erwarten sei. Es wird weiter angeführt, daß man für alle andern Artikel eine Stundung der Steuer von drei bis sechs Monat, selbst für Champagner, der doch entbehrlich sei, vorzuziehen. Für Getreide aber, das zur Ernährung vom Auslande notwendig gebraucht wird, statuiere man eine Ausnahme! Nach Aufhebung der Terminbörsen könne der Müller sich für die leider nun einmal zur Regel gewordenen Lieferungsgepächte in Mehl fast nur durch Käufe von effektiver Ware bededen, er muß also große Bestände in sein Lager stecken, die nach der Zollerhöhung mit den voraussichtlich höheren Getreidepreisen noch größer werden; wenigstens hätte man ihm da den Zolldredit belassen sollen. Leider wird das Verhängnis, dem die hiesige Mühlenindustrie, soweit sie sich mit der Herstellung von Nahrungsmitteln befaßt, entgegenseht, durch die Mitwirkung der nationalliberalen Partei, nicht mehr bejeitigt werden können. —

Achtung, Steuerzahler! Die Frist zur Bezahlung der Steuer für das dritte Vierteljahr läuft mit dem 15. August ab. An den letzten Tagen vor dem Schlußtermin sind die Steuerkassenlokale immer sehr gefüllt, so daß das Steuerzahlen mit längerem Warten verbunden ist. Es ist deshalb jedem zu empfehlen, seine Beträge so rasch wie möglich abzuführen. Die Bezahlung kann auch durch Postanweisung geschehen, dabei ist die Nummer des Steuerzettels genau anzugeben. —

Von der Steuerzahlung befreit sind Reservisten und Landwehrlaute für die Monate, in denen sie zu einer Uebung eingezogen werden. Dieser Umstand wird vielfach außer acht gelassen. —

Bei Krupp wird weiter aufgeräumt. Direktor Teufel von den Grusonwerken in Magdeburg ist nach der „Magdeb. Ztg.“ aus den Diensten der Firma Fried. Krupp ausgeschieden.

Da Herr Teufel Vorsitzender der Berufsgenossenschaft, Vorsitzender des Industrierentenverbandes, Vorsitzender der Krankenkasse des Krupp-Grusonwerkes war, auch sonst als Dr. jur. bei allen juristischen Fragen als Beirat fungierte, kann er als sog. Repräsentationsperson nicht angesehen werden. Es müssen also andre Gründe vorhanden gewesen sein, die des Ausscheidens Teufels veranlaßt haben. Von den Arbeitern wird Herr Teufel als ein Mann mit ausgeprägtem Gerechtigkeitsinstinkt gechildert. —

Sie kennt ihr Publikum. Die „Magd. Ztg.“ nämlich. Björnstjerne Björnson warnte, wie wir am Sonntag mitteilten, in einem Artikel die Kapitalisten davor, dem russischen Zaren Geld zu pumpen. Die „Magdeb. Ztg.“ aber, die die Interessen der borgenden und verborgenden Kapitalisten zu vertreten hat, meint verständnisvoll dazu: „Herr Björnstjerne Björnson ist, wie man auch aus diesem Artikel sieht, ein sehr heißblütiger Politiker. Was er hier von der Solidarität der Völker sagt, ist ein Traum, der keine Aussicht auf Erfüllung hat.“

Natürlich! Sollen etwa die Kapitalisten ihr Geld verrotten lassen? —

Reinheit. Am Montag abend gleich nach 6 Uhr wurde nach vorausgegangenem Streite in der Zigarrenfabrik-

fabrik von E. Schröder in der Alten Neustadt die Arbeiterin B. B. durch den Arbeitersührer N. Schulz mittels einer Glasflasche so zugerichtet, daß sofort ärztliche Hilfe in Anspruch genommen werden mußte. Der rohe Baron wurde sofort verhaftet. Durch den Vorfall hatte sich eine große Menschenmenge vor der Fabrik angeammelt.

Durchgegangen. Die äußerst belebte Große Münzstraße war am Montag nachmittag gegen 5 Uhr der Schauplatz eines aufregenden Unfalls. Von der Kaiserstraße her kam das durchgehende Pferd des Wäckermeisters Wilhelm Schütz hier mit dem angehängten Wäckerwagen in vollenen Laufe angerast. Vergeblich waren die Anstrengungen des jugendlichen Wagenführers, das feurige Roß am Durchgehen zu hindern. Vom „Café Gueride“ geriet der Wäckerwagen zwischen zwei dort haltende Wagen. Durch den Anprall flog der Rosselenter in großem Bogen auf das Straßenpflaster, glücklicherweise ohnte sich zu schaden. Das Pferd, das die Stränge zerissen hatte, lief noch bis zum Freitierweg, wo einhüllige beherzte Passanten das schone Tier festhielten. —

Kleine Chronik.

Ueber ein schweres Eisenbahnunglück melbet ein Telegramm aus Dated in Oesterreichisch-Schlesien: Aus Saybich bringt das Fahrpersonal die Nachricht, daß auf der Strecke Sucha-Stalbaria der galizischen Ostbahn vor der Station Sironie von einem Lastzuge sich zwölf mit Steinen beladene Wagen löstren und in wenigen Minuten 30 Kilometer rückwärts saufen. Dabei stieß der Train auf einen von Sucha abgegangenen Personenzug, den er förmlich germalmete. Derselben Quelle zufolge wurden dabei 30 Personen getötet und 52 schwer verwundet. —

Sträflingsstrawalle in Amerika.

Eine Anzahl Sträflinge, die aus dem Gefängnis in Fulton ausgebrochen waren, wurden, wie aus San Francisco gemeldet wird, durch Witz und Polizei verfolgt und in einem Hinterhalt überfallen. Bei einem hierauf entstandenen Handgemenge wurden vier Polizisten getötet und zwei Sträflinge verletzt. Schließlich wurden die Sträflinge sämtlich in die Grube einer Mine gedrängt. Man drohte ihnen, falls sie nicht freiwillig herauskämen, sie durch Feuer herauszutreiben. —

Kleine Tageschronik. Laut Bericht einer chinesischen Zeitung drangen jüngst in Peking 200 Räuber in den Sommerpalast der Kaiserin und raubten Gegenstände im Werte von 100 000 Taels. Es sind Genuchen daran beteiligt. Bis jetzt sind von den 200 Räubern nur sechs festgenommen. — Das Schwurgericht Paris verurteilte den früheren Kammerdiener Schmitz des bairischen Geschäftsträgers Herrn v. Guttenberg wegen eines Anfang März auf der bairischen Gesandtschaft verübten Einbruchdiebstahls zu vier Jahren, seinen Mitschuldigen Vogt zu drei Jahren Gefängnis. — Wie die „Frankf. Ztg.“ meldet, überfuhr in Arnberg auf dem Zentralbahnhof gestern nachmittag ein einsehrender Zug das Haltsignal und stieß auf den ausfahrenden Zug aus Schwabach, wobei 5 Personen verletzt wurden, davon 2 tödlich. — In der Nacht zum Montag hat in Köln ein Tagelöhner Thomas seine von ihm mißhandelte Geliebte aus einem Fenster der dritten Etage hinausgeschleudert, um einen Selbstmord glaubhaft zu machen. Er wurde verhaftet. — Unter dem Lehrer Teufel machte eine Straßburger Volksschule einen Umsturz nach Burg Altdorf. Bei den Wasserfällen stürzte der 13jährige Schüler Barth ab und blieb tot. — Der Schlächtermeister Löwenthal in Kottbusen bei Essen verjuchte seine Schwägerin, mit welcher er ein Liebesverhältnis unterhielt, durch Revolvergeschüsse zu töten. Er verlegte sie schwer und durchschnitt sich dann den Hals mit einem Schlächtermesser. — Im Bahnhofgebäude zu Kottbus erhob sich der Postdirektor Hauptmann a. D. v. Dr. aus Senftenberg. — Die Wechselstellungen und Depotunterstellungen des Bankiers und Kaufmanns Seiler in Rathenow betragen 250 000 Mark, wozu noch 40 000 Mark Warenaufschub kommen. Seiler soll schon seit zwei Jahren gelbesgestört sein und ist jetzt in eine Anstalt gebracht worden. Man hält ihn aber für sehr normal. — Im Ellogauer städtischen Krankenhaus ist, nach der „Schlef. Ztg.“, am Freitag früh der Lehrer Robert Kinkel aus Dastau seinen Leiden erlegen. Kinkel hatte die Bekretung des in Wetzschütz an S. P. P. erkrankten und gestorbenen Lehrers Reich übernommen. Dabei zog er sich selbst diese tödliche Krankheit zu, deren Opfer er nun nach schweren Leiden geworden ist. — Nach einer Meldung aus Spezia trat vorgersten in der Gegend von Filattiera und Mulazzo ein Erdbeben ein. Infolgedessen stürzten in beiden Orten die Kirchen und andre Gebäude ein. Es sollen auch Menschen verletzt worden sein. —

Letzte Nachrichten.

(„Herold“, Depeschen-Bureau.)

Saloniki, 4. August. Auf der Linie Saloniki—Monastir wurden von Verbrecherhand alle Telegraphenleitungen zerstört und viele Beljennagel ausgerissen, so daß der Verkehr für kurze Zeit gestört war. Die militärische Bewachung dieser Bahn wurde erheblich verstärkt. —

Belgrad, 4. August. Ein Offizier wurde wegen Spionage verhaftet. Dieser hatte den Mobilisierungsplan an eine auswärtige Macht verkauft, so daß er in notorischer Beziehung hand. Nach seinen Complicen wird eifrig gefahndet. —

Lorient, 4. August. Sehr ernste Zwischenfälle ereigneten sich hier gestern abend; der Prokurator, welcher es unterlassen hatte, Truppen rechtzeitig heranzuziehen, ist in eine schwierige Lage geraten. Der Gerichtshof hatte verschiedene Auswärtige aus der Umgegend von Hennebont abzurufen; in den Gerichtssälen waren Angehörige der Streitenden versammelt, sie protestierten bereits bei Beginn der Verhandlungen, so daß der Saal geräumt werden mußte. Als die dräuenden Menge das Urteil durch das die Angeklagten zu je 2 Monaten Gefängnis verurteilt wurden, erfahen hatte, nahm sie eine drohende Haltung ein, sie verjuchte das Gerichtsgebäude zu stürmen, und schließlich mußten sich Richter und Gendarmen verbarrikadieren, da die Demonstranten durch weitere Streikende Verjahrung erhielten. Es begann eine förmliche Belagerung, nachdem sämtliche Fenster des Gerichtsgebäudes eingeworfen worden waren. Zweimal räumten die Auswärtigen mit roten Fahnen an der Spitze das Gebäude und suchten die Tore einzuzerren. Schließlich gelang es dem Prokurator, welcher ebenfalls im Gerichtsgebäude anwesend war, ein Telegramm an den Präseften durch Vermittlung eines jungen Mannes zu senden, welcher durch ein Fenster sprang und das Weite suchte. Um 8 Uhr abends waren die Richter immer noch eingeschlossen, auf der Straße fanden verschiedene Zusammenstöße unter der Menge statt; fortwährend hörte man Todesrufe gegen Polizei und Gendarmen auszugehen. Um 9 Uhr abends trafen endlich 2 Kompanien Infanterie ein, aber auch diese waren ohnmächtig, die nach Tausenden zählende Menge zu zerstreuen. Um 10 Uhr trafen Abteilungen reitender Artillerie ein, welche Geschütze aufbrachten. Um 10 Uhr konnten die Richter aus ihrer schlimmen Lage befreit und die Demonstranten zerstreut werden. Die öffentliche Meinung ist über die Nachlässigkeit der Behörden sehr aufgebracht. (Man hätte also ein Blutbad lieber gesehen! Red.) Die Unruhe dauerte noch die ganze Nacht fort. —

H. LUBLIN

Die Woche unerreichte Sonder-Preise!

Besondere
Wäsche=
Ausstellung
zu
Sonder=
Preisen
in den
Schaufenstern

ca. 2500	Reiz	Gerstenkorn-Handtücher	Halbleinen, 50 cm breit	Extra-Preis	Meter	22 $\frac{1}{2}$	
ca. 1500	Stück	Handtücher	grau Halbleinen, abgepaßt, bunt gestreift, 48/110	Extra-Preis	Stück	30	
ca. 3500	Stück	Handtücher	reinweiß Dreifach, abgepaßt, 48/110	Extra-Preis	Stück	25	
ca. 2000	Stück	Handtücher	weiß Halbleinen, abgepaßt, mit bunten Jacquardstreifen, 48/110	Extra-Preis	Stück	30	
ca. 2500	Stück	Handtücher	weiß Halbleinen, Jacquard mit Reliefmuster, 50/110	Extra-Preis	Stück	35	
ca. 1800	Stück	Handtücher	Gerstenkorn mit Jacquard-Bordüre, 42/100	Extra-Preis	Stück	20	
ca. 2000	Stück	Handtücher	Gerstenkorn mit bunter Jacquard-Bordüre	48/110 } 48/118 }	Extra-Preis	Stück	28
ca. 375	Stück	Handtücher	Gerstenkorn mit bunten Streifen und Jacquard-Borde, 48/110	Extra-Preis	Stück	32	

ca. 800	Stück	Tischtücher	Damaß, reinweiß, 110/118	Extra-Preis	Stück	70
ca. 600	Stück	Tischtücher	Damaß, reinweiß, 130/130	Extra-Preis	Stück	100
ca. 750	Stück	Kaffee-Decken	grau, mit breiten roten Jacquardstreifen	Extra-Preis	Stück	70
ca. 1000	Stück	Kaffee-Decken	extra schwer, neue Blumenmuster, rot, blau, gold, 120/120	Extra-Preis	Stück	100
ca. 400	Stück	Kommoden-Decken	hierzu passend, 70/120	Extra-Preis	Stück	60
ca. 350	Stück	Kaffee-Decken	grau und gelb, mit bunten Jacquardstreifen, 120/120	Extra-Preis	Stück	125
ca. 150	Stück	Kommodendecken	hierzu passend, 70/120	Extra-Preis	Stück	70
ca. 300	Stück	Kaffee-Decken	mit Hochkamm, extra schwer, elegante Muster, 140/140	Extra-Preis	Stück	225

250	Stück	Steppdecken	Wollschaf, wachsend und blau, mit Erbsenfalter, 130/195	Extra-Preis	Stück	3.00
125	Stück	Steppdecken	Wollschaf, wachsend, 120/180	Extra-Preis	Stück	1.70
				Extra-Preis	Stück	2.10
100	Stück	Steppdecken	Wollschaf, wachsend, 120/180	Extra-Preis	Stück	2.20
				Extra-Preis	Stück	2.55